

sind eine tragfähige und sichere Grundlage für den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland.

Ich möchte nun die Aufgaben des nationalen Widerstandes programmatisch zusammenfassen. Das scheint um so notwendiger, als die anglo-amerikanischen Imperialisten und ihre deutschen Marionetten den Versuch machen, die Aufgaben des nationalen Widerstandes zu verwirren, ihn in den Augen des deutschen Volkes zu diskreditieren.

1. Der nationale Widerstand richtet sich gegen das Besatzungsstatut, das Ruhrstatut und gegen alle Maßnahmen, die in ihrer Durchführung getroffen wurden. Er erstrebt einen gerechten Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen.

2. Der nationale Widerstand richtet sich gegen die Militarisierung Westdeutschlands und macht es allen patriotischen Deutschen zur Pflicht, alle Maßnahmen der Kriegsvorbereitung aufzudecken und den Volkskampf gegen sie zu organisieren. Das gilt insbesondere für alle technischen Vorbereitungen, die der Zerstörung und Verwüstung unserer westdeutschen Heimat dienen sollen.

3. Der nationale Widerstand richtet sich gegen die Rüstungsproduktion und erstrebt den Ausbau und die Entwicklung der deutschen Friedensindustrie. Durch die Aufklärung der Belegschaften muß erreicht werden, daß sie Rüstungsarbeiten verweigern:

4. Der nationale Widerstand richtet sich gegen die Aufstellung von Söldnerformationen und einer deutschen Söldnerarmee. Er macht es allen deutschen Patrioten zur Pflicht, Landsknechtsdienste für imperialistische Kriegstreiber zu verweigern. Er richtet sich gegen alle Versuche, junge Deutsche als Fremdenlegionäre für ausländische Armeen anzuwerben.

5. Der nationale Widerstand erfordert die ständige Aufklärung des deutschen Volkes über die Ziele der amerikanischen und englischen Kriegspropaganda.

6. Der nationale Widerstand richtet sich gegen die Einfuhr amerikanischer Waren, die in Deutschland selbst hergestellt

werden können. Er dient dem Schutz des Arbeitsplatzes der Arbeiter und Angestellten, dem Schutz der Existenz der Gewerbetreibenden und der Bauern.

7. Der nationale Widerstand richtet sich gegen die Konkurrenzdemontagen in Westdeutschland, die er mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verhindert, da sie völkerrechtswidrig und ungesetzlich sind.

8. Nationaler Widerstand ist es, wenn deutsche Patrioten die Formen und Methoden enthüllen, mit denen amerikanische und englische Monopolherren in die deutsche Wirtschaft eindringen, einzelne Betriebe oder ganze Wirtschaftszweige ihrer Herrschaft unterwerfen.

9. Der nationale Widerstand richtet sich gegen die Abwälzung der Lasten der anglo-amerikanischen Kriegsvorbereitungen auf das werktätige deutsche Volk. Er unterstützt alle Kämpfe der Arbeiter um die Sicherung ihrer Lebenshaltung und alle Widerstandsaktionen der werktätigen Bevölkerung gegen Steuerdruck, Preistreibereien und sonstige Ausplünderung.

10. Der nationale Widerstand richtet sich gegen alle Maßnahmen der Bonner Verwaltung und der anglo-amerikanischen Gouverneure, mit denen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland eingeschränkt oder unterbunden werden sollen. Er erstrebt die freie Entwicklung des innerdeutschen Handels, durch den Hunderttausende Arbeitslose in Westdeutschland und in den Westsektoren Berlins wieder Arbeit und Brot erhalten.

11. Der nationale Widerstand richtet sich gegen die Zersetzung und den Verfall des deutschen Kulturlebens durch die aus den USA importierte imperialistische Gangsterkultur. Er dient dem Schutz und der Entfaltung der großen deutschen Nationalkultur.

12. Der nationale Widerstand macht es allen Deutschen zur selbstverständlichen Pflicht, die Friedenskämpfer und alle deutschen Patrioten gegen den Terror und die Verfolgungen seitens der anglo-amerikanischen Besatzungsbehörden und der Polizei- und Justizorgane der Bonner Marionettenregierung zu unter-

stützen und zu schützen. Gegen die Verhaftungen, die Zeitungsverbote, die Verbote von Kundgebungen der Friedenskämpfer und der Nationalen Front ist in allen Betrieben und Massenorganisationen, in Stadt und Land eine ständige und wirksame Protestbewegung zu entfalten.

In der Deutschen Demokratischen Republik ist es die Pflicht der Ausschüsse der Nationalen Front, den Kampf der westdeutschen Patrioten und Friedenskämpfer mit allen Mitteln zu unterstützen. Zu diesem Zweck sind ständige und enge Verbindungen zu den westdeutschen Friedenskämpfern und Patrioten herzustellen. Es ist ein reger Briefwechsel und die ständige Zustellung von Zeitungen und anderem Aufklärungsmaterial zu organisieren.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und alle ihre Organe haben alles zu tun, um Westdeutschland auch wirtschaftlich zu helfen, aus der anglo-amerikanischen Zange der Versklavung herauszukommen. Das kann geschehen durch den Ausbau des innerdeutschen Handels und durch die Teilnahme der westdeutschen Unternehmungen am Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik.

Alle Anhänger der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik müssen in ihrer gesamten Politik und Arbeit stets im Auge behalten, daß sie der Einheit Deutschlands am besten dienen, wenn sie durch ihre überzeugenden Leistungen die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung für den Weg gewinnen, den wir in der Deutschen Demokratischen Republik mit so unbestreitbarem Erfolg beschritten haben.

In diesem Zusammenhang kommt den Wahlen am 15. Oktober eine besonders hervorragende Bedeutung zu. Mit der Abgabe der Stimme für die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland stimmt jeder Wähler zugleich für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands, für einen gerechten Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen.

Die restlose Mobilisierung und Aufklärung aller Wähler ist darum die nächste und dringendste Aufgabe aller Ausschüsse der Nationalen Front im Gebiet unserer Republik. Das einmütige

Bekennnis unserer Bevölkerung zur Nationalen Front des demokratischen Deutschland wird dem nationalen Widerstand in Westdeutschland einen mächtigen Aufschwung geben. Am 15. Oktober den vollen Sieg des Wahlprogramms und der Wahlvorschläge der Nationalen Front zu sichern ist darum eine Aufgabe von gesamtdeutscher Bedeutung.

IV. DIE DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK DIE UNERSCHÜTTERLICHE BASIS DES KAMPFES DER NATIONALEN FRONT DES DEMOKRATISCHEN DEUTSCHLAND

Je weiter wir uns vom Tage der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik durch den historischen Beschluß des Deutschen Volksrats entfernen, um so klarer tritt für uns alle der politische Scharfblick, die große politische Weitsicht zutage, mit der Generalissimus Stalin die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik als einen Wendepunkt nicht nur in der Geschichte Deutschlands, sondern in der Geschichte Europas bezeichnete.

Nehmen Sie nur alles, was in den letzten Wochen in Westdeutschland offenbar geworden ist: Das Bündnis der amerikanischen Imperialisten mit den Überresten des Hitlerfaschismus, die offene Militarisierung, die Kriegsmaßnahmen, die bestimmt sind, Westdeutschland zum Kriegsschauplatz zu machen, die Gefährdung des Friedens in Europa, die aus dieser Politik entspringt, nehmen Sie nur alles das, und Sie werden begreifen, daß es tatsächlich für die Geschichte Europas einen Wendepunkt bedeutete, daß in einem großen Teil Deutschlands die demokratische Ordnung und die friedliebenden Deutschen über die Kräfte der Reaktion siegten und die Deutsche Demokratische Republik gründeten. Der Weg, den wir in der Deutschen Demokratischen Republik eingeschlagen haben, ist der einzige Weg, auf dem sich das ganze deutsche Volk eine friedliche Zukunft und ungeahnte Möglichkeiten seiner wirtschaftlichen und kulturellen, seiner materiellen und geistigen Entwicklung erringen kann. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, so wäre er mit dem Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft und der

Kultur der Deutschen Demokratischen Republik unwiderleglich erbracht.

Der Fünfjahrplan ist auf Beschluß des Politischen Büros der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausgearbeitet und auf dem III. Parteitag der SED behandelt und als Entwurf für die Regierung beschlossen worden. Er ist in der vorigen Woche von der Regierung unserer Republik gebilligt und den zuständigen Ministerien als Grundlage für die Ausarbeitung des Gesetzes über den Fünfjahrplan überwiesen worden. Mit diesem großen Gesetz, diesem Programm der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unserer Republik wird sich die aus den Wahlen am 15. Oktober hervorgehende Volkskammer als der vordringlichsten Aufgabe zu befassen haben.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Fünfjahrplan ein Dokument von entscheidender nationaler Bedeutung ist. Man darf von jedem deutschen Patrioten, gleichgültig, in welchem politischen und weltanschaulichen Lager er steht, gleichgültig, welcher Bevölkerungsschicht er angehört, man darf von jedem deutschen Menschen verlangen, daß er dieses Dokument sorgfältig studiert, denn es zeigt ihm am Beispiel unserer Deutschen Demokratischen Republik, welche gewaltigen Möglichkeiten sich erst einem geeinten Deutschland bieten.

Im Kampf der Nationalen Front für ein neues, einheitliches, demokratisches Deutschland ist der Fünfjahrplan berufen, eine gewaltige Rolle zu spielen. Die erfolgreiche Entwicklung der Friedenswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik zeigt dem ganzen deutsche Volke, auf welche Weise alle Lebensfragen ganz Deutschlands zu lösen sind.

Der Fünfjahrplan, der von den gesamtnationalen Interessen Deutschlands ausgeht, hat das Ziel, die schnelle und maximale Entwicklung der Produktivkräfte in allen Zweigen der Volkswirtschaft zu gewährleisten. Die Zunahme der industriellen Produktion, die den allgemeinen Aufschwung der Volkswirtschaft unserer Republik kennzeichnet, wird am Ende des Fünfjahrplans 190 Prozent der Produktion des Jahres 1950 ausmachen, sie wird sich im Vergleich zum Vorkriegsjahr 1936 verdoppeln. Ein so hohes Entwicklungstempo der Industrieproduktion hatte noch kein einziges kapitalistisches Land aufzuweisen.

Im Vorkriegsdeutschland hat sich die industrielle Produktion vom Jahre 1928 bis zum Jahre 1938, also in zehn Jahren, nur um 24,7 Prozent vergrößert. In Italien hat sich in der gleichen Zeit die industrielle Produktion um 7,5 Prozent erhöht, während sie in Frankreich sogar um 17 Prozent sank. In England hat sich in der Zeit von 1930 bis 1938 der Index der Industrieproduktion um 28,9 Prozent erhöht.

Im Jahre 1949 veranschlagten der amerikanische und der englische Militärbefehlshaber in Deutschland in einem besonderen Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung der Bizone die industrielle Produktion für das letzte Jahr des sogenannten Marshallplans, das heißt für das Wirtschaftsjahr 1952/1953, mit nur 109,1 Prozent des Vorkriegsniveaus vom Jahre 1936. Nach dem Fünfjahrplan soll die Deutsche Demokratische Republik zur gleichen Zeit 158,5 Prozent der Vorkriegsproduktion erreichen.

In der Landwirtschaft sieht der Fünfjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik ein Überschreiten des Vorkriegsniveaus vor, das in den Ernteerträgen und in der Anbaufläche in diesem Jahre bereits erreicht wurde. Westdeutschland soll nach dem sogenannten Marshallplan im Jahre 1952/1953 in der Anbaufläche nur 87 Prozent des Vorkriegsstandes erreichen.

In der Viehzucht soll am Ende des Fünfjahrplans in der Deutschen Demokratischen Republik die Zahl des Großviehs den Vorkriegsstand um 20,7 Prozent und die der Schweine um 26,5 Prozent übersteigen. In Westdeutschland wird nach dem Marshallplan die Stückzahl des Viehs im Wirtschaftsjahr 1952/1953 beim Großvieh nur 96 Prozent und bei Schweinen nur 91 Prozent des Vorkriegsstandes ausmachen.

Die Nachkriegsverschuldung wird 1952, wenn die Frist des Marshallplans abläuft, in Westdeutschland ungefähr 20 Milliarden Mark betragen. Das ist besonders kennzeichnend für die Perspektiven der westdeutschen Wirtschaft.

Die Erfüllung des Fünfjahrplans in der Industrie, die gegenüber 1950 um 90 Prozent anwächst, in der Landwirtschaft und im Handel, dessen Umfang in entsprechender Weise um 71 Prozent ansteigt, im Verkehr, bei dem der Gütertransport um 60 Prozent ansteigt, erfordert eine Erhöhung der Zahl der in der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik Beschäftigten um

890 000. Die Arbeitslosen Westdeutschlands, Arbeiter wie Intellektuelle, könnten in der Erfüllung des Fünfjahrplans weite Möglichkeiten für die Entfaltung ihres Wissens und Könnens finden.

Für die Verwirklichung des geplanten Aufschwungs der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik sind im Fünfjahrplan Kapitalinvestitionen in einer Höhe von 26,9 Milliarden Mark vorgesehen, von denen 24,7 Milliarden auf die Grundfonds entfallen, das heißt eine entsprechende Erhöhung des Volksvermögens Deutschlands bringen. Im Fünfjahrplan ist eine Wiederherstellung und der Aufbau der Hüttenindustrie, des Maschinenbaus, der Energieversorgung, der Betriebe der Textil- und Leichtindustrie, die Schaffung einer eigenen Hochseeflotte durch den Bau von neuen, großen Hochseeschiffen, eine beträchtliche Erhöhung des rollenden Materials bei der Eisenbahn, eine umfassende Erneuerung der Grundfonds der Volkswirtschaft vorgesehen.

Der Fünfjahrplan sieht eine große Erhöhung des Verbrauchs an Lebensmitteln und Industriewaren je Kopf der Bevölkerung vor. Dabei wird der Vorkriegsstand des Verbrauchs an wichtigsten Industriewaren und Lebensmitteln bereits Ende 1952 erreicht sein. Nach dem Fünfjahrplan wird in der Deutschen Demokratischen Republik der Verbrauch je Kopf und Jahr bei Fleisch 51 kg und bei Fett 27 kg betragen. Demgegenüber betrug nach Angaben, die Prof. Dr. Ziegelmayr in seinem Buch „Die Ernährung des deutschen Volkes“ machte, der Vorkriegsverbrauch in Deutschland je Kopf und Jahr bei Fleisch nur 46,7 kg und bei Fett nur 22,2 kg. Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen noch Vergleichszahlen für eine Reihe anderer Länder nach derselben Quelle gebe: Der Verbrauch je Kopf und Jahr betrug danach im Durchschnitt der Jahre 1935 bis 1938 in der Schweiz bei Fleisch 40,5 kg und bei Fett 15,7 kg, in Schweden bei Fleisch 37,8 kg und bei Fett 22 kg, in Belgien bei Fleisch 35,1 kg und bei Fett 19,2 kg, in Frankreich bei Fleisch 36,1 kg und bei Fett 11,8 kg, in Italien bei Fleisch 14,2 kg und bei Fett 7,8 kg.

Sie sehen aus diesen Angaben, wie zutreffend es ist, wenn wir sagen, daß die Verwirklichung des Fünfjahrplans der werktätigen deutschen Bevölkerung eine Lebenshaltung garantieren

wird, wie sie sie in der Vergangenheit das imperialistische Deutschland nie kennengelernt hat.

Der Fünfjahrplan sieht ferner die weitere Entwicklung des innerdeutschen Handels mit Westdeutschland durch die Erweiterung des Systems der Abkommen und Handelsverträge mit einzelnen Firmen vor, wobei die besonderen Vorschläge der westdeutschen Betriebe beim Abschluß von Außenhandelsverträgen der Republik berücksichtigt werden sollen.

Der Fünfjahrplan sieht eine breite Entwicklung des Außenhandels und der wirtschaftlichen Beziehungen zur UdSSR und zu den Ländern der Volksdemokratie und zu der Chinesischen Volksrepublik auf der Grundlage gleichberechtigter Handelsverträge ohne irgendwelche einschränkenden Bedingungen für die Rechte der Deutschen Demokratischen Republik vor. Das steht im direkten Gegensatz zu der Außenhandelspolitik, die dem westdeutschen Marionettenstaat von den amerikanischen Imperialisten aufgezwungen wird und die zu einem Verfall der deutschen Friedensindustrie geführt hat.

Diese Gegenüberstellung der Entwicklung bei uns und in Westdeutschland macht es anschaulich, wie unerhört groß der Beitrag ist, den die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands mit der Ausarbeitung des Fünfjahrplans für die Entwicklung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands geleistet hat. Der Fünfjahrplan entspricht den gesamt-nationalen Interessen des deutschen Volkes.

Ohne Überheblichkeit, aber im vollen Bewußtsein unserer Leistungen dürfen wir sagen: Der Fünfjahrplan wird der Arbeiterschaft und der Bevölkerung Westdeutschlands das leuchtende Beispiel sein, wie das ganze deutsche Volk ohne imperialistischen Marshallplan, ohne Besatzungsstatut, ohne anglo-amerikanische Militärgouverneure, dafür aber auf der Grundlage einer friedlichen und fortschrittlichen, demokratischen Ordnung nach den Grundsätzen der Planwirtschaft sein Leben glücklich und wohlhabend gestalten kann.

Den Beweis dafür hat auch unsere bisherige Politik und Arbeit im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik schon erbracht. Ich brauche nur an die vorfristige Erfüllung unseres Zweijahrplans zu erinnern. Als wir ihn im Jahre 1948 ausgearbeitet

hatten und ihn der Öffentlichkeit vorlegten, glaubten alle Feinde der Demokratie und des friedlichen Aufbaus, sich über seine Unerfüllbarkeit lustig machen zu können, während alle Kleinmütigen und Verzagten an seiner Erfüllbarkeit zweifelten. Heute können wir mit Stolz feststellen, daß wir ihn in seinen wesentlichen Positionen in rund 1¹/₂ Jahren bereits mehr als erfüllt haben.

Der ungeheuer schwere, entbehrungsreiche und mühevollle Anfang des Neuaufbaus der Wirtschaft aus Ruinen und Chaos liegt hinter uns. Wir haben jetzt festen Boden unter den Füßen. Im Zeichen des Fünfjahrplans können wir die Produktivkräfte unserer Friedenswirtschaft im schnellen Tempo entwickeln und damit das Einkommen, die Ernährung und Versorgung der Bevölkerung rasch verbessern. Davon zeugen die Verordnungen zur Verbesserung der Lage der Werktätigen, die unsere Regierung in der letzten Woche auf Vorschlag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands angenommen hat. Diese Verbesserungen sind die Früchte der Anstrengungen, der Arbeit und der Leistungen unserer werktätigen Menschen, die ihnen jetzt selbst zugute kommen. Sie sind die für jedermann sichtbaren und kontrollierbaren Beweise dafür, daß wir mit Recht sagen: *Die Zeit der Erfolge hat begonnen.*

Wir erhöhen die Löhne der entscheidenden Schichten der Arbeiterschaft, und zwar um 8 bis 30 Prozent, erhöhen gleichzeitig die Rationen für Fleisch und Fett und bauen systematisch die Preise im freien Handel ab. So ergibt sich, daß nicht nur eine Erhöhung der Nominallohne, sondern eine tatsächliche wesentliche Verbesserung der Lebenshaltung, eine beträchtliche Steigerung des Reallohnes der Arbeiter und Angestellten erfolgt.

Aber die Verbesserungen der Lebenshaltung durch die neuen Verordnungen erstrecken sich nicht nur auf die Arbeiterschaft. Auch die Renten werden erhöht, die Steuern für die Handwerker erleichtert, Ungerechtigkeiten im Ablieferungssoll gewisser Gruppen der Bauernschaft korrigiert, weitere wesentliche Verbesserungen für die Altersversorgung der technischen Intelligenz unserer volkseigenen Industrie durchgeführt. Nehmen Sie zu diesen Maßnahmen noch die großen Gesetzeswerke hinzu, die die Tätigkeit unserer Regierung seit ihrer Bildung auszeichnen,

wie zum Beispiel das Gesetz der Arbeit oder das Jugendgesetz, so erkennen Sie, welch große Arbeit zur ständigen Hebung der Lage der werktätigen Menschen in unserer Republik schon geleistet worden ist.

Weitere Maßnahmen und Gesetze werden folgen. Ich denke da besonders an Maßnahmen, die den besonderen Nöten und Bedürfnissen der Umsiedler Rechnung tragen, die dazu beitragen, daß sie sich in ihrer neuen Heimat wohl fühlen, die es ihnen ermöglichen, ihren Kindern eine Berufsausbildung zuteil werden zu lassen. Vielleicht wird es sogar erforderlich sein, ein spezielles Umsiedlergesetz zu schaffen. Ich denke auch, daß unsere Fürsorge für die Alten und die Rentner mit der jetzt erfolgten Rentenerhöhung noch nicht ihren Abschluß findet, daß sich vielleicht noch weitere Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lebenslage treffen lassen. Unsere Regierung wird alle diese Fragen mit dem ihr eigenen Verantwortungsbewußtsein behandeln und die bestmögliche Lösung finden.

Die erfolgreiche Demokratisierung, die neue Rolle, die die Arbeiterklasse in unserer Republik spielt, ihre feste Zusammenarbeit mit allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften, die Erfolge des wirtschaftlichen Aufbaus, alles das ist nicht zu trennen von der neuen Stellung, die die Deutsche Demokratische Republik in der Welt gewonnen hat. Sie ist heute von allen Staaten des großen Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus anerkannt. Sie hat zu der großen Mehrheit dieser Staaten diplomatische Beziehungen hergestellt und diplomatische Vertretungen ausgetauscht. Sie hat mit der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Ungarn Handelsabkommen abgeschlossen, denen in Kürze weitere folgen werden, darunter mit der großen Chinesischen Volksrepublik.

Wir danken diese erfreuliche Entwicklung der weitsichtigen Politik der großen Sozialistischen Sowjetunion. Sie hat am 10. Oktober vorigen Jahres die Verwaltungsfunktionen der Sowjetischen Militärverwaltung an deutsche Organe übergeben. Sie hat als erste die Deutsche Demokratische Republik anerkannt und diplomatische Missionen mit ihr ausgetauscht. Sie hat damit in die internationale Isolierung, in der wir uns befanden, eine Bresche geschlagen. Sie hat damit auch den sichtbarsten

Beweis erbracht, daß sie rückhaltlos und konsequent die Politik der Wiederherstellung der Einheit und der nationalen Unabhängigkeit des deutschen Volkes verfolgt.

Die Deutsche Demokratische Republik hat Vertrauen bei den friedliebenden, demokratischen und fortschrittlichen Kräften der ganzen Welt gefunden. Davon zeugte die internationale Beteiligung an der großen Friedensmanifestation unserer Freien Deutschen Jugend zu Pfingsten in Berlin. Davon zeugt das Abkommen unserer Gewerkschaften mit den französischen Gewerkschaften. Davon zeugen die zahlreichen Besuche ausländischer Politiker und Wissenschaftler sowie die Beteiligung ausländischer Schriftsteller und Künstler am Goethejahr und an den Bachfeierlichkeiten in unserer Republik. Die internationale Stellung unserer Republik unterscheidet sich grundlegend von der halbkolonialen Abhängigkeit des Bonner Marionettenstaates. Mit berechtigtem Mißtrauen und Abscheu nehmen die fortschrittlichen und freiheitlichen Kräfte aller Länder die Refaschisierung und Remilitarisierung Westdeutschlands auf.

Die Erfüllung unseres Fünfjahrplans erfordert die wirtschaftliche Zusammenarbeit vor allem mit den Ländern, die auf Grund ihrer Planwirtschaft frei von verheerenden Wirtschaftskrisen sind. Es ist deshalb unserer Regierung der Vorschlag gemacht worden, die Aufnahme in den von den volksdemokratischen Ländern und der Sowjetunion geschaffenen Rat für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe zu beantragen, und wir zweifeln nicht, daß diesem Antrag stattgegeben wird.

Unsere Regierung steht außerdem in Verhandlungen über den Abschluß langfristiger Außenhandelsabkommen, die uns den Zugang zu den unabsehbaren Absatzmärkten des großen Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus sichern. Andererseits werden wir aus diesen Ländern alle erforderlichen Rohstoffe für unsere Industrie und alle notwendigen Nahrungsmittel für die Versorgung der Bevölkerung beziehen können. Ich zweifle nicht, daß auch diese Verhandlungen mit Erfolg abgeschlossen werden.

So zeigt unsere Deutsche Demokratische Republik auch in außenpolitischer Hinsicht dem ganzen deutschen Volk, wie es als demokratische und friedliebende Nation in der Welt wieder

eine geachtete Stellung, Gleichberechtigung und Anerkennung seiner nationalen Souveränität finden kann. Aus allen diesen Gründen ist die Deutsche Demokratische Republik das feste Rückgrat, die unerschütterliche Basis der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

V. DIE WAHLEN AM 15. OKTOBER

Die großen Erfolge unserer Deutschen Demokratischen Republik auf außen- und innenpolitischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet sind begründet:

1. in der neuen und ausschlaggebenden Rolle, die die Arbeiterklasse als die stärkste, organisierteste und fortschrittlichste Kraft unserer Gesellschaft in unserer demokratischen Ordnung spielt;

2. in dem festen Bündnis, das die Arbeiterklasse mit der Bauernschaft auf der Grundlage der Bodenreform und der Hilfe für die Neubauern, die Klein- und Mittelbauern hergestellt hat;

3. in der engen und festen Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterklasse und den Geistesschaffenden sowohl auf dem Gebiet der Technik wie in Lehre und Forschung und auf allen Gebieten in der Kunst;

4. in der Blockpolitik, die alle antifaschistisch-demokratischen Parteien und die entscheidenden Massenorganisationen, wie den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, die Freie Deutsche Jugend und den Demokratischen Frauenbund, zu gemeinsamer Politik und Arbeit zusammenfaßt, die es allein ermöglicht, die gewaltigen Aufgaben zu lösen;

5. in der Schaffung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die alle patriotischen Kräfte unseres Volkes zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Kampf für die nationale Wiedergeburt unseres Volkes in einem einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland zusammenfaßt;

6. in unserer Politik der Freundschaft und des Friedens mit allen friedliebenden Völkern und Staaten, deren Grundlage unsere unzerstörbare Freundschaft mit der Sowjetunion ist.

Die imperialistischen Feinde eines einheitlichen, freien und unabhängigen Deutschlands haben darum von allem Anfang an ihre Hoffnungen darauf gesetzt, die Einheit der demokratischen Kräfte in unserer Republik zu sprengen, die Parteien gegeneinander-zuhetzen, die Arbeiterklasse gegen die Bauernschaft, die Intelligenz gegen die Arbeiterschaft, die städtische gegen die ländliche Bevölkerung ausspielen zu können. Sie hofften unsere demokratische Ordnung von innen zersetzen und sprengen zu können. Sie hofften die Einheit der Arbeiterklasse zu sprengen, die die Vorbedingung für die Einheit aller demokratischen Kräfte ist. Das ist das Ziel ihrer feindlichen Agitation, die sie von außen und durch ihre Agenten in unsere Republik hineinzutragen suchen.

Das war auch der Sinn der reaktionären Vorstöße, die seit der Gründung unserer Republik von einem gewissen Klüngel innerhalb einzelner Parteien unternommen wurden. Ihre Angriffe richteten sich gegen unsere volkseigene Industrie, sie richteten sich gegen das Arbeiter- und Bauernstudium, sie versuchten unsere Steuerpolitik durch Schikanen gegenüber dem Handwerk und der Bauernschaft zu diskreditieren, sie wollen noch heute die Kirche zum Kampf gegen die Republik mißbrauchen. Sie treiben das alte Spiel der Reaktion, die in Deutschland stets von der Zersplitterung der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte profitiert hat. Man braucht nur daran zu erinnern, daß der Faschismus in Deutschland nie gesiegt hätte, wäre die Arbeiterklasse nicht gespalten, wäre der patriotisch gesinnte Teil des deutschen Bürgertums nicht in eine Unzahl kleinerer und kleinster Grüppchen zersplittert gewesen.

Wir haben diese bittere Lehre der deutschen Geschichte beherzigt. Wir haben die Einheit der Arbeiterklasse geschaffen, und wir haben alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte im demokratischen Block, alle patriotischen Kräfte in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zusammengeschlossen. Diese Einheit um der Freiheit und des Friedens der deutschen Nation willen lassen wir von niemandem antasten. Diese Einheit, die die Bürgerschaft weiterer Erfolge auf dem neuen Wege der demokratischen Ordnung ist, lassen wir von niemandem gefährden. Darum haben der Block der antifaschistisch-demo-

kratischen Parteien und der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland beschlossen, die Wahlen am 15. Oktober auf der Grundlage eines gemeinsamen Wahlprogramms der Nationalen Front mit einheitlichen Wahlvorschlägen durchzuführen.

Die Bedeutung des gemeinsamen Wahlprogramms und der gemeinsamen Wahlvorschläge der Nationalen Front des demokratischen Deutschland liegt jedoch bei weitem nicht nur in der Abwehr der Anschläge der reaktionären und imperialistischen Feinde des deutschen Volkes. Der Fünfjahrplan, dieses grandiose Programm der Entwicklung unserer Wirtschaft und Kultur und damit der Festigung und des Ausbaus unserer demokratischen Ordnung, wurde von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands entworfen und ausgearbeitet, aber alle Parteien und alle Massenorganisationen haben sich zu ihm bekannt, haben ihn einmütig gebilligt. Sie haben ihrerseits Vorschläge gemacht, die, sofern sie den Grundideen des Fünfjahrplans entsprachen, bei der Ausarbeitung des Plangesetzes ihre Berücksichtigung finden werden. Mit der gleichen Einmütigkeit hat die Regierung die Vorschläge der Sozialistischen Einheitspartei für die Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen angenommen. In dieser Politik der ständigen Hebung der Lebenslage aller schaffenden Menschen liegt das eigentliche Wahlprogramm, das wir am 15. Oktober der Bevölkerung unserer Republik mit der Abstimmung über die Wahlvorschläge der Nationalen Front zur Entscheidung vorlegen.

Gewiß, das ist etwas Neues, und wir sind stolz darauf, neue Wege zu gehen. In unserer neuen, demokratischen Ordnung ist die Ausarbeitung der entscheidenden Wirtschaftspläne, der entscheidenden Maßnahmen und Gesetze eben nicht mehr Angelegenheit eines engen Klüngels von Berufsparlamentariern oder Berufspolitikern. Daran nehmen die Belegschaften unserer Betriebe, allen voran unsere Aktivisten, lebhaften Anteil. Diese Fragen werden in den Zusammenkünften unserer Techniker, Ingenieure, Chemiker und Wissenschaftler beraten. Sie werden in den Maschinenausleihstationen und in den Dörfern erörtert. Nach einer so breiten Beratung der entscheidenden Fragen des Arbeitsprogramms der parlamentarischen Vertretungen, der

Verwaltungen und der Regierung kann das Volk auch besser über die Menschen entscheiden, die es als Kandidaten für die Gemeindeparlamente, die Kreistage, die Landtage und die Volkskammer mit der Erfüllung dieser Aufgaben betraut.

Das alte Spiel, bei Wahlen alles mögliche zu versprechen, ohne auch nur daran zu denken, das Versprochene einzuhalten, ist in unserer demokratischen Ordnung unmöglich. Der Wähler nimmt schon teil an der Aufstellung der Kandidaten, deren Stellungnahme zum Fünfjahrplan, deren Leistung für dieses Programm der Entwicklung unserer Wirtschaft und Kultur er überprüft. So wird es möglich, daß jede Bauarbeiterin und jeder Jugendliche, jeder Organisierte und Parteilose sich ein Urteil darüber bilden kann, wer wert ist, als Kandidat aufgestellt zu werden, und wen man ablehnen muß. Insofern sind unsere Wahlen viel demokratischer, viel freier als alle anderen Wahlen, die jemals in Deutschland durchgeführt wurden, oder alle Wahlen, die unter dem Regime der Hohen Kommissare in Westdeutschland möglich sind. Unsere Demokratie beruht auf der ständigen Mitarbeit des Volkes, auf einer ständigen Kontrolle der Tätigkeit seiner Vertreter, gleichgültig, ob sie einer Gemeindeversammlung oder der Volkskammer angehören, gleichgültig, ob sie in irgendeiner Kommission oder an der Spitze entscheidender Zweige unserer volkseigenen Wirtschaft tätig sind.

Auf dieser echten Demokratie, die sich auf die aktive Mitarbeit des ganzen Volkes stützt, die schon bei der Aufstellung der Kandidaten die Werktätigen mit zur Entscheidung heranzieht, erwachsen den Ausschüssen der Nationalen Front im Wahlkampf große Aufgaben. Es gilt jeden Wähler aufzuklären, ihn vertraut zu machen mit den Erfolgen unserer Republik, mit den von unserer Regierung ausgearbeiteten und erlassenen Gesetzen und Verordnungen zur Verbesserung der Lebenslage der werktätigen Menschen, mit dem großen Fünfjahrplan zur Entwicklung unserer Volkswirtschaft und der Bedeutung, die er für das Leben jedes einzelnen hat, mit den Aufgaben, die unsere Republik im Kampf für die Einheit Deutschlands, für einen gerechten Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen zu erfüllen hat. Diese Aufklärung muß bis in die letzte Wohnung, bis in die letzte, kleinste Ansiedlung getragen werden. Diese

großen Aufgaben sind nur zu lösen, wenn man alle bewußten Anhänger der Nationalen Front mobilisiert, sie in ihrer Arbeit planmäßig anleitet und sie richtig zum Einsatz bringt. Es scheint mir daher wichtig, noch einige Ausführungen über die bisherige Tätigkeit der Ausschüsse der Nationalen Front und ihrer Aufklärungsgruppen zu machen.

Die Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland wurden Anfang dieses Jahres geschaffen. Heute bestehen sie nicht nur in allen Ländern und Kreisen, sondern in fast allen Ortschaften der Deutschen Demokratischen Republik. Die Leiter und Mitarbeiter der Ausschüsse der Nationalen Front haben sich in der praktischen Arbeit bereits eine reiche Erfahrung erwerben können.

Von ihnen sind bisher mehr als 40 000 Aufklärungsgruppen organisiert worden, die mehr als 120 000 Aufklärer umfassen. Außerdem wurden bei den Betriebsgewerkschaftsleitungen etwa 2000 Aufklärungsgruppen und von der Freien Deutschen Jugend ungefähr 28 000 Aufklärungsgruppen mit 220 000 Agitatoren geschaffen.

Nicht alle Aufklärungsgruppen leisten schon eine systematische Arbeit. Eine Überprüfung hat gezeigt, daß viele von ihnen erst auf dem Papier bestehen.

Die Erfahrung der Arbeit lehrt, daß die Aufklärung durch Versammlungen, Kundgebungen, Werbeumzüge und Straßenagitation nicht alle Schichten der Bevölkerung voll erfaßt. Zahlreiche Aufklärer sind darum dazu übergegangen, Wählerversammlungen der Bewohner eines Hauses oder eines Häuserblocks durchzuführen. Das hat gute Ergebnisse gezeitigt. Aber selbst das ist noch ungenügend. Nicht allen Wählern ist es möglich, diese Versammlungen zu besuchen. Hier muß die individuelle Aufklärung einsetzen. Sie erfolgt am besten in Aussprachen, die die Aufklärer der Nationalen Front mit kleineren Gruppen oder sogar mit einzelnen Wählern durchführen. In solchen Gruppen- oder Einzelaussprachen sind die Wähler über die hauptsächlichsten politischen Ereignisse aufzuklären, mit dem Wahlprogramm, dem Lebenslauf und der Arbeit der Kandidaten der Nationalen Front vertraut zu machen. Dabei muß der Aufklärer vor allem darauf achten, daß seine Aufklärung nicht

schematisch und trocken, sondern lebendig und für den Wähler interessant ist. Das können die Aufklärer nur erreichen, wenn sie sich sorgfältig und systematisch auf die Aussprachen vorbereiten, wenn sie mit der erforderlichen Aufklärungsliteratur versorgt sind.

Noch nicht alle Aufklärungsgruppen der Ausschüsse der Nationalen Front betreiben eine solche individuelle Aufklärung. Einige von ihnen sind der fehlerhaften Auffassung, daß sie ihre Pflicht erfüllen, wenn sie wöchentlich oder halbmonatlich Wählerversammlungen ihres Häuserblocks oder ihres Hauses durchführen.

Im großen und ganzen ist in der Republik die Schulung der Aufklärer durch die Ausschüsse der Nationalen Front planmäßig organisiert. Leider besuchen aber nicht alle Aufklärer regelmäßig diese Schulungsveranstaltungen. So erscheinen zu den Seminaren in den Kreisen Zittau, Bautzen und Plauen nur 30 bis 40 Prozent der Agitatoren.

Das Sekretariat des Nationalrats gibt jetzt eine große Zahl von Schriften heraus, die für die Aufklärung notwendig sind. Nach den Auflagen zu urteilen, müßten die hauptsächlichen Materialien für alle Aufklärer ausreichen. In der Praxis ist es jedoch nicht so. Gewöhnlich erhalten nur die Leiter der Aufklärungsgruppen die wichtigsten Broschüren. Das Sekretariat des Nationalrats und die Ausschüsse der Nationalen Front müssen dafür sorgen, daß die Aufklärer alle Schriften erhalten, daß das Aufklärungsmaterial nicht in den Vertriebsstellen liegenbleibt.

Von großer Bedeutung für die Aufklärung, die von den Ausschüssen der Nationalen Front zu leisten ist, sind die Aufklärungslokale in den Stimmbezirken. Es gibt zur Zeit mehr als 6000 Aufklärungslokale, doch ist diese Zahl unzureichend. Ziel muß sein, daß jeder Stimmbezirk sein ständig geöffnetes Aufklärungslokal hat.

Auf die Aufklärungslokale stützen sich die Aufklärungsgruppen der Ausschüsse der Nationalen Front in ihrer Arbeit. Das ist sehr gut, aber damit ist die Aufgabe nur halb gelöst. Die Aufklärungslokale müssen besonders dort, wo sie in guten Räumlichkeiten untergebracht sind, selber zu Stätten der Wählerauf-

klärung werden. In ihnen können Versammlungen durchgeführt werden, Vorträge und Vorlesungen über die verschiedensten Themen gehalten werden, die durchaus nicht nur politische Fragen betreffen müssen. In ihnen können die Volkskunst- und Laienspielgruppen Kulturveranstaltungen durchführen.

Allgemein wird in den Betrieben und Verwaltungen die Aufklärungsarbeit im Namen der Nationalen Front von den Betriebsgewerkschaftsleitungen geleistet. Wenn sie auch in einigen Betrieben gut ist, so hat doch der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund von sich aus noch allzu wenig dafür getan. Die Aufklärungsarbeit durch die Betriebsgewerkschaftsleitungen muß unverzüglich und entschieden verbessert werden. Vor allem muß sie regelmäßig und systematisch betrieben werden. Das wird ein großer Beitrag zur Bewegung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland sein, der den Gewerkschaften zur Ehre gereicht.

Schließlich möchte ich noch darauf hinweisen, daß man auch Maßnahmen treffen muß, um den Ausschüssen der Nationalen Front ihre Arbeit zu ermöglichen. In einigen Kreisen Sachsens und Mecklenburgs haben sich die Ausschüsse der Nationalen Front mit Betrieben und Verwaltungen darüber verständigt, daß ihnen aus den Reihen ihrer Mitarbeiter für die ganze Wahlkampagne Instrukteure zur Verfügung gestellt werden. Ich denke, daß hier eine nachahmenswerte Initiative gezeigt worden ist.

Eine so umfassende, planmäßig und systematisch betriebene Aufklärung jedes einzelnen Wählers wird den Sieg der Nationalen Front am 15. Oktober gewährleisten.

Die Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland müssen jedoch auch erkennen, daß mit der Aufklärung der Wähler und der Organisierung der Wahl noch nicht alles getan ist. Die reaktionären und imperialistischen Feinde unserer Republik und des ganzen deutschen Volkes werden kein Mittel unversucht lassen, mit dem sie die Wahlen stören und Verwirrung in die Bevölkerung tragen könnten. Sie fürchten unsere Erfolge und möchten sie darum zunichte machen. Sie schicken Saboteure und Diversanten mit dem Auftrag, Sabotageakte, Brandstiftungen und sonstige Attentate gegen unseren friedlichen Aufbau zu begehen. Es ist ihnen nicht recht, daß

sich die Lebenshaltung unserer Bevölkerung ständig verbessert. Darum versuchen sie durch ihre Agenten die Versorgung der Bevölkerung zu desorganisieren, unsere Lager und Speicher zu gefährden. Angesichts solcher verbrecherischer, reaktionärer Anschläge ist höchste Wachsamkeit geboten.

Die Agenten der Reaktion und der imperialistischen Kriegstreiber werden aber auch versuchen, unsere freien Wahlen für ihre dunklen Zwecke zu mißbrauchen. Es muß daher mit Nachdruck gesagt werden: Wir gestatten es niemandem, die Grundlagen unserer demokratischen Ordnung, unserer volkseigenen Wirtschaft, unseres friedlichen Aufbaus anzugreifen. Wir gestatten niemandem, etwa für die Rückgabe der Betriebe an den von McCloy freigelassenen Kriegsverbrecher Flick zu plädieren. Bei uns darf niemand das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften untergraben. Es soll sich auch niemand einbilden, das Recht der Söhne und Töchter unserer Arbeiter und Bauern auf das Hochschulstudium antasten zu dürfen.

Solche Feinde unserer demokratischen Ordnung, solche Feinde der Entwicklung unserer Wirtschaft, solche Kulturbarbaren werden die gewünschte Freiheit für ihre reaktionären Umtriebe nicht erhalten. Sie werden behandelt werden, wie sie es als Volksfeinde verdienen. Wir werden es auch nicht zulassen, daß man die Wahlen zur nationalistischen Hetze gegen andere Völker und zur Kriegshetze ausnutzt. Wirtschaftliche Entfaltung und kulturelle Blüte, Wohlstand und ein glückliches Leben des Volkes sind nur im Frieden gewährleistet. Wer den Frieden antastet, tastet das Glück und die Zukunft unserer Jugend an. Er darf nicht erwarten, bei uns die Freiheit für seine Verbrechen zu finden.

Wir kennen und lieben eine andere Freiheit und eine andere Demokratie.

Unsere Wahlen werden frei sein von Kriegshetze und Kriegsvorbereitungen — sie werden dem Frieden und der Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern dienen.

Unsere Wahlen werden frei sein von der antibolschewistischen Kriegshetze — sie werden die Freundschaft unseres Volkes mit der großen und mächtigen Sowjetunion festigen.

Unsere Wahlen werden frei sein von Zersplitterung und gegenseitiger Hetze — sie werden der Einheit der Nation, der Einheit Deutschlands dienen.

Unsere Wahlen werden frei sein vom Druck des Besatzungsstatuts und der Besatzungsvorschriften — sie werden der nationalen Unabhängigkeit unseres Volkes und seinem Kampf um einen gerechten Friedensvertrag dienen.

Unsere Wahlen werden frei sein vom Würgegriff des Marshallplans und der Arbeitslosigkeit, die er nach Westdeutschland gebracht hat — sie werden dem wirtschaftlichen Aufstieg, der Verwirklichung unseres großen Fünfjahrplans dienen.

Unsere Wahlen werden frei sein von Bestechung und Korruption durch monopolkapitalistische Unternehmerverbände — sie werden die besten und bewährtesten Vertreter unserer Parteien und Massenorganisationen, die besten Aktivisten, die besten Landarbeiter und Bauern in die Gemeindeparlamente, Kreistage, Landtage und in die Volkskammer bringen.

Unsere Wahlen werden also die freiesten und demokratischsten sein, die jemals in Deutschland durchgeführt wurden. Sie werden unser ganzes Volk zusammenschließen im Bekenntnis zum Frieden, zur nationalen Einheit, zur Festigung der Deutschen Demokratischen Republik, zu Aufstieg und Wohlstand durch die Verwirklichung unseres großen Fünfjahrplans.

Unsere Arbeit und unser Kampf in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland gilt dem Glück unseres Volkes, der nationalen Einheit, der Freiheit und der Demokratie unseres Vaterlandes. Am Schluß bitte ich Sie um die einstimmige Annahme der dem Nationalkongreß vom Nationalrat vorgelegten EntschlieÙung.

Es lebe der Kampf um den Frieden!

Es lebe der Kampf für die Einheit Deutschlands!

Es lebe der Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen!

Es lebe unsere Deutsche Demokratische Republik, der Kern
des einheitlichen, friedlichen und demokratischen Deutschlands
im Bunde mit allen friedliebenden Völkern der Welt!

Es lebe unser deutsches Volk und seine Zukunft als einheit-
liche, freie und friedliche Nation!

*„Neues Deutschland“, Berlin,
27. August 1950.*

Das Handwerk und der Fünfjahrplan

Rede in Leipzig am 29. August 1950

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde!

Im Namen des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands danke ich Ihnen allen für Ihr zahlreiches Erscheinen und für die freundliche Begrüßung, die Sie mir zuteil werden ließen.

Ich bin gern der Anregung der Leipziger Organisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nachgekommen, anläßlich der Leipziger Herbstmesse in einer Versammlung vor Ihnen, den Handwerkern aus allen Ländern der Deutschen Demokratischen Republik und Vertretern des Handwerks unserer westdeutschen Heimat, über das Thema „Das Handwerk und der Fünfjahrplan“ zu sprechen.

Obwohl die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands seit ihrem Bestehen stets große Aufmerksamkeit und Sorge für die Existenz des Handwerks aufgewandt hat, sind von ihren Gegnern viele dumme Lügen über die Stellungnahme der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Handwerk, über die angeblichen Absichten, das Handwerk auszurotten, verbreitet worden. Viele Handwerker haben zu ihrem eigenen Schaden diese Dummheiten geglaubt. Ich werde mir deshalb erlauben, im Rahmen dieses Referats die Stellung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu den Handwerkern eindeutig klarzulegen.

Gestatten Sie zunächst einige Bemerkungen zu der diesjährigen Leipziger Herbstmesse. Sie steht im Zeichen der ständigen Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Die Messe legt vor aller Öffentlichkeit Rechenschaft ab über den Fortschritt unserer Technik und die Verbesserung der Qualität in unserer volkseigenen, in der privaten Industrie und im Handwerk.

Entgegen den Prognosen, die von westlichen Zeitungen und westlichen Verwaltungen über den Niedergang unserer Wirtschaft und die Bedeutungslosigkeit insbesondere der Leipziger Messe gestellt wurden, ist auch diese Herbstmesse wieder ein Beweis des wachsenden Vertrauens zur Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Die Zahl der Aussteller, besonders aus Westdeutschland und dem Ausland, ist auf dieser Messe größer als auf allen Messen seit 1945. Die Leipziger Herbstmesse bringt einen neuen Beweis der starken Verbundenheit der westdeutschen Industrie und des Handwerks mit der wirtschaftlichen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik. Alle Versuche der westdeutschen Besatzungsmächte und der westdeutschen Spalterregierung, den Handel zwischen uns und Westdeutschland zu unterbinden, sind zum Scheitern verurteilt. In der westdeutschen Industrie und dem westdeutschen Handel setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, weniger auf die amerikanische Karte zu spekulieren, als mit der Deutschen Demokratischen Republik in enge wirtschaftliche Beziehungen zu kommen.

Diese gesunde Auffassung der westdeutschen Wirtschaftskreise erhält eine weitere Anregung durch die ständig wachsenden Handelsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik mit der großen Sozialistischen Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern. Die Leistungsschau dieser Länder gibt von Messe zu Messe ein anschauliches Bild von den großen Möglichkeiten für die gesamte deutsche Industrie in der Entfaltung enger wirtschaftlicher Beziehungen von Berlin bis Peking. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie bei dem Abschluß von Handelsabkommen mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie die Interessen ganz Deutschlands vertritt und jederzeit bereit ist, entsprechende Wünsche westdeutscher Firmen zu berücksichtigen. Es ist die Sache der westdeutschen Wirtschaftskreise, ob sie sich die großen Möglichkeiten eines Marktes von Hunderten Millionen Menschen entgehen lassen wollen.

Werte Anwesende! In den Kreisen der deutschen Wirtschaft und des Handwerks wird mit Recht immer auf das große fachliche

Können, die Sachkenntnis und hervorragende Organisationsfähigkeit gepocht als stärksten Beweis für ihre wirtschaftliche Existenzberechtigung. Niemand wird insbesondere den deutschen Handwerksmeistern, dem Kaufmann und den unmittelbar an der Leitung ihrer Unternehmungen beteiligten Fabrikanten diese Fähigkeit absprechen. Aber genügt es, nach den Erfahrungen zweier Weltkriege, nach den Erfahrungen des Auf und Ab von Konjunktur und Krisen, nur ein tüchtiger Handwerker, ein guter Organisator und ein vortrefflicher Sachkenner bestimmter Industriebranchen zu sein? Die Geschichte zeigt, daß es notwendig ist, neben seinen guten beruflichen Kenntnissen und Fähigkeiten einen klaren politischen Verstand zu besitzen, um als Person und als Teil des ganzen Volkes bestehen zu können. Sie werden zugeben, werte Anwesende, daß insbesondere viele Berufskollegen des deutschen Handwerks immer noch die falsche Auffassung vertreten, sich aus dem politischen Leben heraushalten und sich nicht auf eine Partei festlegen zu sollen. Diese Menschen erklären, daß sie nichts von der Politik verstehen und deshalb auch nichts mit der Politik zu tun haben wollen. Es zeigt sich aber, daß die Politik sehr viel mit jedem Menschen zu tun hat, der berufstätig ist, sei es als Arbeiter, als Handwerksmeister, als Kaufmann oder als Unternehmer. Es kommt darauf an, die Zusammenhänge des gesellschaftlichen Geschehens zu sehen und daraus die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Wie sich niemand dem gesellschaftlichen Leben entziehen kann, so kann sich auch niemand der Politik entziehen. Die Gesellschaft, also die Gesamtheit der Menschen, ist nichts Einheitliches, sondern durch die kapitalistische Produktionsweise in Klassen gespalten. Der kleinen Gruppe von Großbesitzern steht die übergroße Mehrheit der Bevölkerung gegenüber, die von diesen Großbesitzern abhängig ist. Das ist die Ursache der Klassengegensätze und des Klassenkampfes. Wenn die Mehrheit des Volkes, die Menschen, die nur von ihrer Arbeitskraft leben, nicht mehr von dem Großkapital beherrscht und ausgebeutet werden wollen, müssen sie sich untereinander verständigen, um dieser Vorherrschaft des Großbesitzes ein Ende zu bereiten, damit die Wirtschaft dem ganzen Volke und nicht mehr nur einer Minderheit dient.

Sie alle haben den ersten und zweiten Weltkrieg erlebt. Sie

alle waren Zeuge der Inflation im Jahre 1923, und Sie alle erlebten die große Wirtschaftskrise 1929 bis 1932 und die Hitlerjahre. Und nun frage ich Sie: Haben nicht gerade Sie als Handwerksmeister die schwersten wirtschaftlichen Folgen der Inflation tragen müssen? Wurden nicht Ihre sauer ersparten Groschen in ein Nichts aufgelöst? Standen Sie nicht in den Jahren 1930 bis 1932 fassungslos vor der Tatsache, daß niemand die Produkte Ihrer eigenen Arbeit kaufen konnte, weil Millionen arbeitslos waren? Hatten Sie nicht in Ihrer großen Mehrheit die Illusion, daß mit der Hitlerära die goldene Zeit des deutschen Handwerks beginnt, und hatte nicht die Mehrheit Ihrer Berufskollegen den Glauben, an der Kriegskonjunktur verdienen zu können?

Wie bitter wurden die deutschen Handwerksmeister, die Kaufleute und große Teile der kleinen Fabrikanten enttäuscht. Ich erinnere Sie an die Tatsache, daß Hitler noch vor dem Kriege von den 1,6 Millionen Handwerksbetrieben etwa 750 000 schließen ließ. Die Handwerksmeister gingen als Arbeiter in die Rüstungsbetriebe oder auch nach dem Westwall. Und ein großer Teil der technischen Ausrüstung der handwerklichen Betriebe wurde verschrottet. Damals sprachen die Naziideologen von der „Flurbereinigung“ der deutschen Wirtschaft und meinten damit die Vernichtung der Existenz von etwa 750 000 handwerklichen Betrieben.

Was Hitlers Flurbereinigung nicht erreichte, wurde während des Krieges Opfer der Zerstörung deutscher Städte. Die amerikanischen Bombenteppiche über Berlin, Hamburg, Dresden, Düsseldorf und Köln fragten nicht, welcher von den Handwerksmeistern mit oder ohne Hakenkreuz herumliefe. Zehntausende deutscher Handwerksmeister verloren Hab und Gut, und groß ist die Zahl, die mit ihren Angehörigen, mit Gesellen und Lehrlingen durch die Bombenangriffe ums Leben kamen.

Die bitteren Erfahrungen der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts lehren jeden denkenden Menschen, mit Hilfe seiner beruflichen und politischen Organisation dafür zu kämpfen, daß den Menschen der Friede erhalten bleibt und gleichzeitig eine Wirtschaftsordnung geschaffen wird, die Krisen, Inflation und Erwerbslosigkeit für immer aus der Welt schafft.

Die westliche Propaganda behauptet zwar, daß das Auf und Ab in der wirtschaftlichen Entwicklung, Konjunktur und Krisen, wirt-

schaftliche Naturgesetze sind, und mit demselben Atemzug wird erklärt, daß auch der Krieg unausrottbar wäre.

Wir als Sozialisten erklären demgegenüber mit aller Eindeutigkeit: Wirtschaftskrisen, Inflation und Arbeitslosigkeit sind Erscheinungsformen einer Gesellschaftsordnung, in der nicht das Gesamtinteresse der schaffenden Menschen bestimmend ist, sondern die Gewinninteressen einer kleinen Gruppe von Großunternehmern, von Bankiers und Großgrundbesitzern.

Wir Sozialisten sind der Meinung, daß die Kriege nicht wie ein Naturereignis über die Menschen hereinbrechen, sondern daß die Kriege von Menschen organisiert werden.

Wir sind der Meinung, daß die von den Rüstungsindustriellen propagierten, organisierten und in ihrem Auftrage durchgeführten Kriege niemals den Interessen der Völker, sondern immer ihren eigennützigen, selbstsüchtigen Gewinninteressen entsprechen.

Wir sind der Meinung, daß die amerikanischen Rüstungsindustriellen, die am zweiten Weltkriege 52 Milliarden Dollar verdienten, deshalb den dritten Weltkrieg propagieren, weil sie sich von diesem ein noch größeres Geschäft versprechen.

Wir sind aber auch der Meinung, daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung in allen Ländern der Welt den Krieg nicht will, sondern in Frieden, in Glück und Wohlstand leben möchte und deshalb auch die Kraft finden muß und finden wird, den Kriegshetzern ihr verbrecherisches Treiben zu legen, damit der Welt der Friede erhalten bleibt.

Zwei Linien der Wirtschaftspolitik in Deutschland

Wir sind heute in der glücklichen Lage, nicht mehr nur versprechen zu müssen, was geschehen würde, wenn die Massen des Volkes die Politik der Arbeiterklasse unterstützen, sondern wir können mit berechtigtem Stolz darauf hinweisen, was geschehen ist, weil unser Volk im Osten Deutschlands, hier in der Deutschen Demokratischen Republik, eine demokratische, friedliebende Politik unterstützte und in immer steigendem Maße als die einzig richtige Politik anerkennt und verteidigt.

Als die Hitlerbande am 8. Mai 1945 die bedingungslose militärische Kapitulation unterschrieb und die Sieger zur Sicherung der völligen Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands den Alliierten Kontrollrat errichteten, stand ganz Deutschland, am Rhein wie an der Elbe, in Brandenburg wie in Württemberg, in Leipzig wie in Stuttgart, vor denselben schwierigen, fast unlösbar erscheinenden Problemen. Das deutsche Volk war in seiner Mehrheit Hitler bis zur schmachvollen Kapitulation gefolgt. Die Stimme der Vernunft, die Stimme der konsequenten antifaschistischen Kämpfer wurde von dem blutigen Naziterror erstickt.

Nachdem sich Hitler feige aus dem Leben geschlichen und sich der Verantwortung für seine Verbrechen entzogen hatte, stand vor dem deutschen Volk die Frage, welchen Weg es wählen will, um aus dem wirtschaftlichen Chaos herauszukommen und gleichzeitig Sicherungen zu schaffen, daß es nicht wieder für wahnwitzige Kriegsabenteuer mißbraucht wird. Dem deutschen Volke war durch die Potsdamer Deklaration eine Grundlage für eine friedliche, demokratische Entwicklung gegeben worden. Wir haben hier im Osten unserer deutschen Heimat das Potsdamer Abkommen nicht als ein Stück Papier betrachtet, sondern als die Pflicht und das Recht des deutschen Volkes, neue Wege zu beschreiten, um für immer jene Kräfte aus unserem Volke auszuschalten, die für zwei Weltkriege die Verantwortung tragen.

Deshalb wurde bei uns die Bodenreform durchgeführt zur Entmachtung der Großgrundbesitzer, jener feudalen Kaste, die ihren Hauptberuf darin sah, aus dem Blut und Schweiß der Landarbeiter Gewinne herauszupressen und gleichzeitig die Ämter mit den fettesten Pfründen im militärischen Staatsapparat zu besetzen. Diese deutsche Adelskaste stellte die Generale, die Admirale, die Generalfeldmarschälle und Generalstäbler. Ihr Leben war untrennbar verbunden mit einem Heer, das nicht dem Schutz der Heimat, sondern ausschließlich dem Zweck der Eroberung fremder Länder diente. Diese großjunkerliche Adelskaste existiert bei uns nicht mehr und wird nie wieder existieren. Ihr Land gehört heute den Bauern, denen, die es selbst bearbeiten und von den Früchten ihrer friedlichen Arbeit leben.

Wir haben hier in Ostdeutschland die Naziaktivisten und

Kriegsverbrecher enteignet. Wir nahmen dem Herrn Flick seine mitteldeutschen Braunkohlen- und Stahlwerke. Wir nahmen der IG Farbenindustrie, dem AEG- und Siemens-Konzern die Betriebe und übergaben sie in die Hände des Volkes. Flick, der Stahlgewaltige in der Weimarer Republik und Hitlers Wehrwirtschaftsführer, wurde wegen Verbrechens an der Menschlichkeit von dem Nürnberger Gericht verurteilt. Jetzt haben ihn die Amerikaner entlassen. Das charakterisiert die amerikanische Besatzungsmacht und kennzeichnet ihre Absichten. Sie brauchen Flick, der nach einer westlichen Presseäußerung zu den Organisatoren der deutschen Rüstungsindustrie gehörte, und brauchen solche Verbrecher an der Menschlichkeit wie Fritz ter Meer, der die Verantwortung für die Giftgasproduktion zur Vernichtung von Millionen Menschen in den Gasöfen von Lublin und Auschwitz trägt.

Ich denke, in Ihrem Namen zu sprechen, wenn ich auch von dieser Stelle die tiefe Entrüstung und den schärfsten Protest des deutschen Volkes über die Freilassung der Verbrecher an der Menschlichkeit durch die amerikanische Besatzungsmacht zum Ausdruck bringe, und appelliere an Sie, die Forderung aller friedensgewillten Menschen zu unterstützen, die Organisatoren des Krieges und des Faschismus vor ein Gericht des deutschen Volkes zu stellen, um ihnen die Möglichkeit zu nehmen, im Bunde mit ihren amerikanischen Geschäftsfreunden einen dritten Weltkrieg zu organisieren.

Eines sollen Herr Flick, Fritz ter Meer, der Krupp-Direktor Lehmann, das Vorstandsmitglied der Dresdner Bank Karl Rasche, der sogenannte Reichsbauernführer Walter Darré wie alle anderen von der amerikanischen Besatzungsmacht entlassenen Kriegsverbrecher wissen: hier in der Deutschen Demokratischen Republik haben sie für alle Zeiten ausgespielt. Die Arbeiter der volkseigenen Betriebe und, wir können es heute mit großer Gewißheit sagen, auch die technische Intelligenz dieser Betriebe und unsere Jugend werden niemals dulden, daß die Betriebe des Volkes, die Produktionsstätten unseres friedlichen Lebens, wieder zur Quelle der Ausbeutung für die Aktionäre und zur Waffenschmiede für einen Krieg amerikanischer und deutscher Rüstungsgewinnler werden.

Als die Hitlerbande am 8. Mai 1945 die bedingungslose militärische Kapitulation unterschrieb und die Sieger zur Sicherung der völligen Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands den Alliierten Kontrollrat errichteten, stand ganz Deutschland, am Rhein wie an der Elbe, in Brandenburg wie in Württemberg, in Leipzig wie in Stuttgart, vor denselben schwierigen, fast unlösbar erscheinenden Problemen. Das deutsche Volk war in seiner Mehrheit Hitler bis zur schmachvollen Kapitulation gefolgt. Die Stimme der Vernunft, die Stimme der konsequenten antifaschistischen Kämpfer wurde von dem blutigen Naziterror erstickt.

Nachdem sich Hitler feige aus dem Leben geschlichen und sich der Verantwortung für seine Verbrechen entzogen hatte, stand vor dem deutschen Volk die Frage, welchen Weg es wählen will, um aus dem wirtschaftlichen Chaos herauszukommen und gleichzeitig Sicherungen zu schaffen, daß es nicht wieder für wahnwitzige Kriegsabenteuer mißbraucht wird. Dem deutschen Volke war durch die Potsdamer Deklaration eine Grundlage für eine friedliche, demokratische Entwicklung gegeben worden. Wir haben hier im Osten unserer deutschen Heimat das Potsdamer Abkommen nicht als ein Stück Papier betrachtet, sondern als die Pflicht und das Recht des deutschen Volkes, neue Wege zu beschreiten, um für immer jene Kräfte aus unserem Volke auszuschalten, die für zwei Weltkriege die Verantwortung tragen.

Deshalb wurde bei uns die Bodenreform durchgeführt zur Entmachtung der Großgrundbesitzer, jener feudalen Kaste, die ihren Hauptberuf darin sah, aus dem Blut und Schweiß der Landarbeiter Gewinne herauszupressen und gleichzeitig die Ämter mit den fettesten Pfründen im militärischen Staatsapparat zu besetzen. Diese deutsche Adelskaste stellte die Generale, die Admirale, die Generalfeldmarschälle und Generalstäbler. Ihr Leben war untrennbar verbunden mit einem Heer, das nicht dem Schutz der Heimat, sondern ausschließlich dem Zweck der Eroberung fremder Länder diente. Diese großjunkerliche Adelskaste existiert bei uns nicht mehr und wird nie wieder existieren. Ihr Land gehört heute den Bauern, denen, die es selbst bearbeiten und von den Früchten ihrer friedlichen Arbeit leben.

Wir haben hier in Ostdeutschland die Naziaktivisten und

Kriegsverbrecher enteignet. Wir nahmen dem Herrn Flick seine mitteldeutschen Braunkohlen- und Stahlwerke. Wir nahmen der IG Farbenindustrie, dem AEG- und Siemens-Konzern die Betriebe und übergaben sie in die Hände des Volkes. Flick, der Stahlgewaltige in der Weimarer Republik und Hitlers Wehrwirtschaftsführer, wurde wegen Verbrechens an der Menschlichkeit von dem Nürnberger Gericht verurteilt. Jetzt haben ihn die Amerikaner entlassen. Das charakterisiert die amerikanische Besatzungsmacht und kennzeichnet ihre Absichten. Sie brauchen Flick, der nach einer westlichen Presseäußerung zu den Organisatoren der deutschen Rüstungsindustrie gehörte, und brauchen solche Verbrecher an der Menschlichkeit wie Fritz ter Meer, der die Verantwortung für die Giftgasproduktion zur Vernichtung von Millionen Menschen in den Gasöfen von Lublin und Auschwitz trägt.

Ich denke, in Ihrem Namen zu sprechen, wenn ich auch von dieser Stelle die tiefe Entrüstung und den schärfsten Protest des deutschen Volkes über die Freilassung der Verbrecher an der Menschlichkeit durch die amerikanische Besatzungsmacht zum Ausdruck bringe, und appelliere an Sie, die Forderung aller friedensgewillten Menschen zu unterstützen, die Organisatoren des Krieges und des Faschismus vor ein Gericht des deutschen Volkes zu stellen, um ihnen die Möglichkeit zu nehmen, im Bunde mit ihren amerikanischen Geschäftsfreunden einen dritten Weltkrieg zu organisieren.

Eines sollen Herr Flick, Fritz ter Meer, der Krupp-Direktor Lehmann, das Vorstandsmitglied der Dresdner Bank Karl Rasche, der sogenannte Reichsbauernführer Walter Darré wie alle anderen von der amerikanischen Besatzungsmacht entlassenen Kriegsverbrecher wissen: hier in der Deutschen Demokratischen Republik haben sie für alle Zeiten ausgespielt. Die Arbeiter der volkseigenen Betriebe und, wir können es heute mit großer Gewißheit sagen, auch die technische Intelligenz dieser Betriebe und unsere Jugend werden niemals dulden, daß die Betriebe des Volkes, die Produktionsstätten unseres friedlichen Lebens, wieder zur Quelle der Ausbeutung für die Aktionäre und zur Waffenschmiede für einen Krieg amerikanischer und deutscher Rüstungsgewinnler werden.

Wir haben weiterhin eine Schulreform durchgeführt, die allen jungen Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, die gleiche Möglichkeit bietet, sich allein auf Grund ihres Fleißes und ihrer Intelligenz alle für ihre berufliche Entwicklung notwendigen Kenntnisse anzueignen, um den Platz in unserer demokratischen Republik einzunehmen, der ihnen auf Grund ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten gebührt.

Diese so erfolgreich durchgeführten demokratischen Reformen beruhen auf zwei Voraussetzungen:

Erstens hat die sowjetische Besatzungsmacht in jeder Weise die demokratische, friedliche Entwicklung unterstützt und hat uns mit ihren großen Erfahrungen auf dem Gebiete der planmäßigen Wirtschaftsgestaltung mit Rat und Tat zur Seite gestanden.

Zweitens haben die demokratischen Kräfte, Parteien und Organisationen vom ersten Tage an gemeinsam gearbeitet, in der richtigen Erkenntnis, daß nur die Anstrengungen aller antifaschistisch friedensgewillten Menschen das Chaos überwinden, ein neues, besseres, glückliches Leben schaffen werden.

Selbstverständlich gab es auch bei uns Kräfte, die entweder aus politischem Unverstand oder als bezahlte Agenten den Block der demokratischen Parteien und Organisationen zu sprengen suchten. Die westliche Propaganda, Agenten und Saboteure hatten keine Mühe gescheut, um unsere Arbeiter und Bauern, Handwerker und Kaufleute von dem von der SED vorgeschlagenen Weg des gemeinsamen Handelns, des gemeinsamen Arbeitens, des gemeinsamen politischen Wirkens abzubringen.

Sie hatten erklärt, daß die Bodenreform ein Fiasko werden würde.

Tatsache ist, daß unsere Bauern in diesem Jahre Ernten einbringen, die entweder nahe an die Erträge des Friedens heranreichen oder sie bereits schon überschreiten.

Sie hatten erklärt, daß die volkseigene Wirtschaft und der volkseigene Handel zu einem völligen wirtschaftlichen Niedergang führen würden und daß unsere Arbeiter, Techniker und Ingenieure nicht die Fähigkeit besitzen, ohne die Herren Aktionäre die Betriebe zu leiten.

Tatsache ist — die Leipziger Herbstmesse erbringt erneut den Beweis —, daß die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Re-

publik in einer schnellen Aufwärtsentwicklung begriffen ist und daß wir mit dem Fünfjahrplan ein Tempo einschlagen werden, daß den Herren im Westen der Atem ausgehen wird.

Sie hatten erklärt, daß die Sowjets mit Hilfe der SED alle gewerblichen Betriebe verstaatlichen würden, so daß zum Beispiel die Handwerker entweder verhungern oder Fabrikarbeiter werden müssen.

Tatsache ist, daß wir am 31. Dezember 1945 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone 243 000 Handwerksbetriebe zählten. Bis zum 1. April 1950 stieg diese Zahl auf 304 000. Das sind also 61 000, rund 25 Prozent handwerkliche Betriebe mehr als vor fünf Jahren.

Tatsache ist, daß der Umsatz der handwerklichen Betriebe bei uns im Jahre 1947 die Summe von 3,7 Milliarden Mark erreichte, im Jahre 1949 aber auf 4,5 Milliarden Mark gestiegen ist, das heißt um mehr als 20 Prozent.

Sie können hier auf der Leipziger Messe feststellen, daß die Zahl der handwerklichen Aussteller nicht geringer wird, sondern ständig zunimmt.

Es erweist sich also, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Zahl der handwerklichen Betriebe und ihr Umsatz beträchtlich erhöht wurden.

Wie hat sich dagegen die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland gestaltet? Das Potsdamer Abkommen trägt die Unterschrift von Stalin, Truman und Attlee. Während, wie wir gesehen haben, die sowjetische Besatzungsmacht treu nach Buchstaben und Inhalt des Potsdamer Abkommens alle Maßnahmen unterstützte, die zur Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Entwicklung der demokratischen, friedliebenden Kräfte führten, die Bildung unserer demokratischen Verwaltungsorgane, demokratischer Parteien und Organisationen unterstützte, sehen wir in Westdeutschland eine geradezu entgegengesetzte Entwicklung.

Kein Betrieb des deutschen Rüstungskapitals wurde dem Volke übergeben. Im Gegenteil, in allen Betrieben sitzen entweder nach wie vor die früheren Inhaber oder ihre Beauftragten. Entgegen der ausdrücklichen Bestimmung im Potsdamer Abkommen, die Konzernbildung der deutschen Schwerindustrie zu beseitigen,

existiert heute in Westdeutschland bereits wieder eine Dachorganisation der Unternehmerverbände, die genauso wie der berüchtigte Reichsverband der Deutschen Industrie den entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Einfluß auf Wirtschaft und Parteien ausübt. Dieselben Leute, die einst Hitler und seine Bande finanzierten, erheben heute schon wieder Umlagen je Kopf der Belegschaft zur Finanzierung der Wahlausgaben der bürgerlichen Parteien. Es ist derselbe Bankier Pferdenges, der heute, wie zur Nazizeit, die Gelder von der Industrie einkassiert und nach seinem Ermessen den Parteien überweist. Das nennen die Herren dann noch stolz patentierte westliche Demokratie.

Nun berufen sich die Herrschaften im Westen darauf, daß dort das industrielle Niveau höher ist als bei uns. Aber betrachten wir an einigen wenigen Beispielen, in welche Richtung die Steigerung der Produktion in Westdeutschland geht. So hat der Maschinenbau in Westdeutschland die Höhe von 107 Prozent gegenüber 1936 und die Stickstoffproduktion die Höhe von 142 Prozent gegenüber 1936 erreicht. Dagegen erreicht die Schuhproduktion nur 69 Prozent und die Produktion der Textilindustrie nur 82 Prozent von 1936.

Was bedeutet das? Das bedeutet, daß in Westdeutschland bewußt jene Industriezweige gefördert werden, die für die Kriegsrüstung entscheidend sind, während die Produktion von Gütern des Massenbedarfs zurückbleibt.

Die Drosselung der Fertigindustrie wird in stärkstem Maße durch die Praxis des Marshallplans und die amerikanische Ausfuhrpraxis gefördert. Nehmen wir hierfür ein Beispiel, das für Sie von besonderem Interesse sein dürfte. Ich zitiere aus dem „Badischen Tageblatt“ vom 27. Juni 1950:

„Andererseits sprechen die langen Reihen fertiggestellter Schuhe, Kleider, Pelze, Uhren und vieler anderer Reparaturen und Neuanfertigungen, die in den Werkstätten der Handwerker ihrer Abholung harren, eine beredte Sprache über die ständig steigenden Außenstände der Handwerksbetriebe. Das Deutsche Handwerkerinstitut, München, schätzte die Außenstände der rund 900 000 Handwerksbetriebe in Westdeutschland auf über 1 Milliarde Mark.“

Was besagt diese Tatsache? Diese Tatsache erklärt uns folgendes: Die handwerkliche Produktion im Westen Deutschlands

kann deshalb nicht abgesetzt werden, weil die Einfuhr amerikanischer Waren einen derartigen Umfang angenommen hat, daß sie die handwerkliche Erzeugung zum Erliegen bringt.

Das trifft selbstverständlich nicht nur auf das Handwerk zu. Das trifft ebenfalls auf viele industrielle Zweige zu, deren sichtbarste Folgeerscheinung die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland ist. Die offiziellen Zahlen sprechen von 1 $\frac{1}{2}$ Millionen Arbeitslosen. Der sozialdemokratische Professor Baade vom Kieler Weltwirtschaftsinstitut schätzt aber die Zahl der Arbeitslosen in Westdeutschland auf 4 $\frac{1}{2}$ Millionen, weil nach seinen Feststellungen die Arbeitsämter die Weisung haben, bestimmte Kategorien von Arbeitssuchenden nicht mehr als Arbeitslose zu registrieren. Dazu gehören besonders Frauen und Jugendliche. Es ist eine Tatsache, daß die schulentlassene Jugend in Westdeutschland nur zu einem Bruchteil in den Produktionsprozeß eingereicht werden kann und deshalb ein leichtes Opfer für die Fremdenlegion wie für die bewaffneten Arbeitsdienstgruppen der Besatzungsmächte wird.

Ein großes Arbeitslosenheer und der damit verbundene Rückgang der Kaufkraft muß aber unmittelbare Folgen auf den Absatz und die Lage der handwerklichen Betriebe ausüben. Außer der Feststellung der großen Außenstände der handwerklichen Betriebe mögen Ihnen noch folgende Tatsachen die Lage Ihrer Berufskollegen in Westdeutschland charakterisieren:

Der Berliner „Kurier“ vom 10. August 1950 schreibt unter der bezeichnenden Überschrift „Handwerk im Bundesgebiet übersetzt“ folgendes:

„Das Handwerk liegt gegenwärtig im Einflußbereich ungewöhnlich starker Spannungen, stellt das Bundeswirtschaftsministerium in seinem Bericht über die Lage des Handwerks für das II. Quartal 1950 fest. Die in der industriellen Großwirtschaft wirkenden echten Auftriebskräfte versuchten auch das Handwerk mitzuziehen, stießen dabei aber auf Gegenkräfte. Zu diesen gehören die unbeschränkte Gewerbefreiheit und die Geldknappheit der Betriebe, da die Verschuldung der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Hand gegenüber dem Handwerk weiter gestiegen ist. Bei dem kapitalschwachen Handwerk sei eine unerträgliche Übersättigung entstanden.“

Hier haben Sie ein klassisches Beispiel, wie die westdeutsche

Wirtschaft auf Kosten Ihrer Berufskollegen floriert. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß den Handwerksbetrieben bewußt Aufträge gegeben werden, die aber nur zögernd oder nicht bezahlt werden, um dann den Meistern bei ihren Zahlungsschwierigkeiten den Gerichtsvollzieher auf den Hals zu hetzen.

Das Deutsche Handwerksblatt schätzt, daß bereits ein Fünftel aller westdeutschen Handwerksbetriebe, das sind 190 000 Werkstätten, geschlossen sind. In dem einen einzigen Regierungsbezirk Stade in Niedersachsen wurden in der ersten Hälfte dieses Jahres 520 Handwerksbetriebe geschlossen und in den Berufslisten gelöscht.

Besonders katastrophal ist die Lage der Handwerker in Westberlin. Je lauter die Westberliner Bankrottpolitiker Reuter-Schwennicke und Co. schreien, Berlin zum zwölften Land der Bundesrepublik zu erklären, um so größer wird die Zahl der Konkurse handwerklicher Betriebe. Nach einer Meldung des „Tag“ vom 16. April 1950 wurden im Januar in Westberlin 177, im Februar 286 Betriebe gelöscht. Gegen 2700 Friseure läuft die Räumungsklage. Nach einer Meldung der gleichen Zeitung vom 14. Juli 1950 befinden sich in Westberlin 850 Automobilreparaturwerkstätten in ausgesprochener Notlage.

Am 17. August dieses Jahres hatte die Westberliner Herrenschneiderinnung eine Protestversammlung durchgeführt, in der der Obermeister Hertzog im Namen von 30 000 notleidenden Beschäftigten die schnelle Beseitigung der unmöglichen Währungsverhältnisse in Berlin als Quelle ihrer Not verlangte.

Wie groß die Not dieser Handwerker in Westberlin ist, zeigt die Tatsache der ständig steigenden Zahl von Selbstmorden. Die Meister ziehen den Freitod dem Schimpf des Gerichtsvollziehers und der Schließung ihres Betriebes vor.

Natürlich fehlt es nicht an weisen Ratschlägen und an Vertröstungen aller Art der westdeutschen Wirtschaftskapazitäten gegenüber den Handwerkern. So erklärte der Ministerialdirigent Dr. Heymann vom Bayerischen Wirtschaftsministerium auf einer Tagung des Elektrohandwerks in Bamberg am 26. Juni 1950:

„Es gibt heute kein krisenfreies Wohlergehen innerhalb der westdeutschen Wirtschaft; denn alle Wirtschaftszweige sind mehr oder weniger von einer Krise befallen.“

In Bayern scheint man besonders hellhörig zu sein. Auf der diesjährigen Handwerksmesse in München machte der Ministerialrat Seidel folgende Ausführungen:

„Wenn wir nicht in die planmäßige Struktur des Ostens verfallen wollen, so werden wir doch in Zukunft Schwierigkeiten und Veränderungen im Handwerk hinnehmen müssen.“

Fassen wir also einige der grundlegenden Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland zusammen:

1. Die westdeutschen Konzernherren sind wieder fest im Sattel. Soweit sie unter dem Druck der Meinung der Weltöffentlichkeit nach 1945 wegen erwiesener Verbrechen an der Menschlichkeit verurteilt wurden, werden sie heute im Auftrage ihrer amerikanischen Geschäftskollegen entlassen.

2. Bei der Vergebung von Aufträgen werden in Westdeutschland die Großunternehmungen in einer Weise bevorzugt, die ihnen erlaubt, die Rentabilität ihrer Betriebe wiederherzustellen, und die gleichzeitig zum Konkurs eines erheblichen Teils der handwerklichen Betriebe führt.

3. Die im Interesse der amerikanischen Exportindustrie gesteigerte Wareneinfuhr nach Westdeutschland führt zur Drosselung der entsprechenden deutschen Wirtschaftszweige, besonders aber der handwerklichen Produktion. Die Folge ist eine ständige und steigende Arbeitslosigkeit, deren unmittelbare Auswirkung sich wieder gegen die westdeutschen handwerklichen Betriebe richtet.

4. Statt einer konkreten Hilfe und gesetzlichen Schutzes werden die Handwerksmeister damit getröstet, daß konjunkturelle Schwankungen und Krisen ein unabänderliches Gesetz sind, dem sie sich fügen müssen.

Man kann aber diese Betrachtung nicht abschließen, ohne auf einige, auf Grund dieser wirtschaftlichen Entwicklung charakteristische Merkmale der politischen Verhältnisse in Westdeutschland hinzuweisen:

Die westdeutschen Politiker gefallen sich darin, immer wieder

von der Demokratie für alle und der Freiheit der Persönlichkeit zu reden. Freiheit der Persönlichkeit heißt unter anderem, daß jeder Mensch in Westdeutschland und in Westberlin das Recht hat, irgendein Geschäft zu eröffnen oder irgendeinen handwerklichen Betrieb zu leiten, unabhängig davon, ob er dazu die fachlichen Qualifikationen besitzt. Die Durchsetzung des amerikanischen Prinzips der uneingeschränkten Gewerbefreiheit hat Zehntausenden Handwerkern und Geschäftsleuten auf westlich-demokratische Weise die Existenz gestohlen.

Demokratie für alle heißt in Westdeutschland auch, daß der Mörder vom 20. Juli 1944, Generalmajor Remer, in aller Öffentlichkeit von den „guten“ Seiten des Hitlerregimes sprechen kann. Ein gewisser Hedler von der Deutschen Reichspartei, sie müßte richtiger heißen: Deutsche Naziapartei, kann in Westdeutschland unter Duldung der Besatzungsmächte und unter dem Schutz der Polizei das Recht Deutschlands auf Österreich, die Tschechoslowakei und andere Gebiete proklamieren, das heißt wie Hitler sprechen und wie Hitler das Volk in eine neue chauvinistische Kriegshetze treiben.

Westdeutsche Politiker, Adenauer und Schumacher an der Spitze, fordern offen die Wiederaufrüstung Deutschlands und lassen keinen Zweifel darüber, welchem Zweck diese Wiederaufrüstung dienen soll. Schumacher hat in einer Pressekonferenz am 23. August „die Konzentration einer monumentalen westlichen Militärmacht längs der Elbe, die die Offensive des Westens in russisches Gebiet tragen kann“, verlangt. Mit dieser Erklärung steht dieser Dr. Schumacher, der sich Sozialdemokrat nennt, neben Hitler und Goebbels. Er übertrifft noch beide, denn er forderte in derselben Pressekonferenz weiter: „Ein großer Teil der amerikanischen Divisionen sollte nicht in Arizona oder Texas, sondern in der Lüneburger Heide und in Grafenwöhr ausgebildet werden.“

Kein Wunder, daß der amerikanische „Tagesspiegel“ in Berlin großes Entzücken über diesen Doktor zum Ausdruck bringt, denn mit diesen Auffassungen stimmt Schumacher völlig mit dem Separatistendoktor Adenauer überein. Beide wiederum sprechen nur aus, was die in Freiheit befindlichen Hitlergenerale heute verlangen, nämlich eine umfassende Remilitarisierung, damit

eine offensive sogenannte Freikämpfung Berlins, Mittel- und Ostdeutschlands möglich wird.

Das ist die Sprache der Kriegshetzer. Das ist die Sprache jener Menschen, die Demokratie sagen und die Herrschaft des amerikanischen Rüstungskapitals über die gesamte arbeitende Menschheit meinen. Das ist die Sprache jener Menschen, die einen Mann wie Max Reimann, der seinen Willen zu Frieden, zur Einheit unserer Nation und zur Freundschaft mit den Völkern während der Nazizeit mit Zuchthaus und KZ bezahlen mußte, während der imperialistischen Besatzungszeit verfolgt und eingekerkert wurde, heute erneut verfolgen, weil er Frieden, Arbeit und Brot für unser Volk verlangt.

Doch mögen sich die Doktoren Adenauer und Schumacher dessen erinnern, wie schändlich ihre Vorgänger, die Hitler, Goebbels, Göring und Konsorten, geendet sind, und mögen sie sich sagen lassen, daß alle amerikanischen Dollars und Atombomben nicht ausreichen, um den Willen der Völker und den Willen des deutschen Volkes zu brechen, den Frieden zu erhalten.

Der Plan der Arbeit und des Friedens

Während in Westdeutschland und in Westberlin die Kriegstrommeln gerührt werden, jeder friedliche Aufbau sinnlos erscheint, weil ein neuer Krieg jede wirtschaftliche Existenz unsicher macht, gehen wir in der Deutschen Demokratischen Republik ohne Nervosität, ruhig und selbstbewußt an das Werk des friedlichen, demokratischen Aufbaus. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat im Sommer 1948 der damaligen Deutschen Wirtschaftskommission das Projekt eines Zweijahrplans zur Entfaltung der Wirtschaft vorgeschlagen. Der Plan wurde angenommen und wurde verwirklicht. Mehr noch, die Kontrollzahlen für zwei Jahre wurden bereits in anderthalb Jahren erreicht, zum Teil noch überboten.

Warum war das möglich? Das war deshalb möglich, weil dieser Plan ein Plan der friedlichen Arbeit, ein Plan zur Hebung des Wohlstandes unseres Volkes, ein Plan zur Heranziehung unserer Jugend für einen friedlichen Weg, ein Plan war, den jeder ehr-

liche, aufbauwillige Friedensfreund unterschreiben konnte. Der Zweijahrplan löste insbesondere bei den Arbeitern in den volkseigenen Betrieben ein begeistertes Echo aus. Es war der Bergarbeiter Adolf Hennecke, der am 13. Oktober 1948 eine für die Geschichte unseres Volkes historische Tatsache schuf. Durch wohlgedachte Arbeitsorganisation, nach dem genauen Studium aller Arbeitsvorgänge überbot er seine Norm um 380 Prozent.

Seine Tat fand einen großen Widerhall bei Tausenden arbeitsfreudigen Menschen und insbesondere unter unserer Jugend. Die durch Adolf Hennecke ausgelöste Aktivistenbewegung hat in entscheidender Weise die Erfüllung und Übererfüllung unseres Zweijahrplans bestimmt.

Es handelt sich aber nicht nur darum, daß die Arbeiter durch bessere Arbeitsorganisation mehr leisten, sondern daß sie beim Nachdenken über die Arbeitsvorgänge eine große Zahl von Verbesserungen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, wertvolle Erfindungen machten und wichtige Anregungen gaben, um den Arbeitsprozeß zu vereinfachen und die Qualität zu verbessern. Diese neue Einstellung zur Arbeit führte auch zu einem besseren, zu einem freundschaftlichen Verhältnis zwischen Arbeitern und der technischen Intelligenz. So können wir mit Genugtuung feststellen, daß in unseren volkseigenen Betrieben Arbeiter und Techniker gemeinsam an der Hebung unserer Produktion arbeiten und im edlen Wettstreit mit den gleichgearteten Betrieben stehen zur Senkung der Kosten und zur Verbesserung der Qualität.

Die erfolgreiche Erfüllung des ersten Zweijahrplans schuf die Voraussetzungen für einen den Zeitraum von fünf Jahren umfassenden Plan zur Entwicklung der Volkswirtschaft und der Kultur in der Deutschen Demokratischen Republik. Dieser Plan wurde von der Parteileitung der SED ausgearbeitet und von dem im vorigen Monat stattgefundenen Parteitag als Entwurf an die Regierung beschlossen. Der Regierung wurde dieser Entwurf in einem feierlichen Staatsakt unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik am 10. August übergeben, die den Plan der neu zu wählenden Volkskammer als Gesetz unterbreiten wird.

Was ist der wesentliche Inhalt dieses Planes?

Es wird vorgeschlagen:

Die industrielle Produktion soll in der Zeit des Fünfjahrplans auf 190 Prozent im Vergleich zum Stand von 1950 gebracht werden, also auf das Doppelte der Produktion von 1936.

Die Hektarerträge in der Landwirtschaft sollen um durchschnittlich 25 Prozent gesteigert werden.

Die Arbeitsproduktivität soll um 60 Prozent steigen.

In der volkseigenen Industrie soll im Jahre 1955 eine Senkung der Selbstkosten von mindestens 23 Prozent gegenüber dem Jahre 1950 erreicht werden.

Der Lebensstandard der Bevölkerung wird verbessert, indem das Volkseinkommen auf mehr als 160 Prozent im Verhältnis zu 1950 erhöht wird.

Der Arbeitslohn der Arbeiter, Angestellten, Ingenieure und Techniker wird in der gesamten Volkswirtschaft um 16,8 Prozent und in der Industrie um 20 Prozent im Verhältnis zu 1950 erhöht. Der Arbeitslohnfonds wird im Jahre 1955 insgesamt 137 Prozent im Verhältnis zu 1950 ausmachen.

In der Zeit des Fünfjahrplans ist der Gesamtumfang der großen Aufbauarbeiten mit 26,89 Milliarden Mark veranschlagt. Neben den großen Industriebauten soll der planmäßige Wiederaufbau der zerstörten Städte in der Republik erfolgen.

Für die Volksbildung und die Entwicklung der Kultur werden im Jahre 1955 um 40 Prozent mehr Mittel verausgabt als 1950.

Im Laufe der Jahre 1951 und 1952 wird schrittweise der freie Handel mit allen Nahrungsmitteln und Industriewaren zu einheitlichen Preisen eingeführt.

Der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft und der Kultur sieht nach dem Entwurf der SED für das handwerkliche Gewerbe eine Steigerung der Gesamtproduktion auf 160 Prozent gegenüber 1950 vor.

Damit das Handwerk seine Aufgaben im Rahmen des Fünfjahrplans erfüllen kann, sah der Entwurf der SED eine Anzahl von Erleichterungen vor, die durch die Verabschiedung des Gesetzes zur Förderung des Handwerks von der Volkskammer am 9. August 1950 Gesetzeskraft erhielten.

Hierzu gehört in erster Linie das Vertragssystem und die damit verbundene Materialversorgung. Durch Lieferungsverträge

erhielten die handwerklichen Betriebe im Jahre 1949 Aufträge in Höhe von 138 Millionen Mark. Im ersten Halbjahr 1950 sind bereits Aufträge für 141 Millionen Mark vergeben worden. Diese Zahl dürfte in der Zukunft eine außerordentliche Erhöhung erfahren. Die volkseigenen Betriebe werden zur Erfüllung ihrer Aufgaben außerordentlich auf die handwerkliche Produktion zurückgreifen müssen.

Mit dem § 5 des Gesetzes zur Förderung des Handwerks hat die Frage der Materialversorgung eine eindeutige, unmißverständliche Klärung gefunden. Ich weise ferner darauf hin, daß durch gesetzliche Anordnung das Handwerk ausreichend mit Reparaturmaterial zu versorgen ist und ihm dieses als Kontingenträger zusteht. Selbstverständlich müssen sich sowohl die Handwerker als die örtlichen Verwaltungen bemühen, zusätzlich örtliche Material- und Rohstoffreserven zu erschließen, damit dem Handwerk ausreichend geeignetes Material für Produktion und Reparaturen zur Verfügung steht.

In dem Gesetz ist zum Schutz der handwerklichen Arbeit festgelegt, daß die Genehmigung zur Errichtung eines Handwerksbetriebes die Ablegung der Meisterprüfung des Antragstellers voraussetzt. Damit ist das Handwerk in der Deutschen Demokratischen Republik vor unlauterem Wettbewerb und vor Puschern aller Art geschützt.

Zum Schutz der handwerklichen Produktion gehört auch die von der Regierung beschlossene Preisregelung. Wiederkehrende, gleichbleibende handwerkliche Leistungen in jeder Berufsart erhielten Regelpreise, so daß der handwerkliche Betrieb mit festen Kalkulationsgrundlagen rechnen kann.

Von besonderer Bedeutung ist die ebenfalls auf Anregung der SED erfolgte Vereinfachung der Besteuerung des Handwerks. Die lästige, vom Naziregime eingeführte Steuerbuchführung fällt fort. Damit ersparen die Handwerker die Kosten für die Steuerberater. Die Handwerker erhielten einen festen Steuersatz, der auch dann bestehenbleibt, wenn sie im Rahmen des Fünfjahresplans höhere Umsätze erzielen.

Gleichzeitig brachte der Gesetzentwurf der Regierung vom 17. August 1950 die Streichung aller Steuerschulden, die vor dem 31. Dezember 1949 entstanden sind. Die Steuerverordnung der

Regierung wird ohne Zweifel in der nächsten Sitzung der Volkshammer von allen Parteien, da sie bereits in der Ausschußsitzung von allen Parteien genehmigt ist, angenommen.

Die im § 9 des Gesetzes zur Förderung des Handwerks angeschnittene Frage der Beseitigung behindernder Umstände bei der Lehrlingsausbildung ist dadurch gelöst, daß der Handwerker im Krankheitsfalle des Lehrlings nicht mehr 12 Wochen Krankengeld bezahlen muß, sondern nur den Differenzbetrag zwischen Krankengeld und Lohn. Damit ist ein weiteres Hindernis bei der Einstellung von Lehrlingen aus dem Wege geräumt.

Diese wenigen Tatsachen aus dem Fünfjahrplan und die bereits erfolgten praktischen Maßnahmen unserer Regierung zur Förderung des Handwerks eröffnen den Handwerkern in der Deutschen Demokratischen Republik Perspektiven ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie bisher in Deutschland undenkbar und niemals möglich waren.

Die gesetzlichen Regelungen und die Produktionsaufgaben für das Handwerk im Rahmen des Fünfjahrplans sind keine Agitation, sondern Realität, weil hinter dem Gesetz und hinter dem Plan die Arbeiterklasse und ihre politische Organisation, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, steht. Ich möchte hier in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vor Ihnen, den deutschen Handwerkern, erklären:

Die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung lehrt, daß die Arbeiterklasse nur dann ihre sozialen und politischen Ziele erreichen kann, wenn sie im engsten Bündnis mit allen werktätigen Schichten ihre Politik durchführt. Zu diesen werktätigen Schichten gehören in erster Linie die Bauern und die Handwerker.

Die SED hat deshalb immer eine Politik verfolgt, die handwerkliche Produktion zu fördern, den Handwerksmeistern den gesetzlichen Schutz unserer demokratischen Verwaltungen angedeihen zu lassen.

In den „Grundsätzen und Zielen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, beschlossen auf dem Gründungsparteitag am 22. April 1946, heißt es in Punkt 6 der Gegenwartsforderungen:

„Planmäßige Förderung der Bedarfsgütererzeugung in Industrie und Handwerk unter Einschaltung der Privatinitiative.“

Walter Ulbricht, der Generalsekretär des Zentralkomitees der Partei, hat in einer Rede auf der Wirtschaftskonferenz der SED in Leipzig am 31. Mai 1946 folgendes zum Ausdruck gebracht:

„Es ist wichtig, daß Handwerker Genossenschaften auf freiwilliger Grundlage entwickelt werden, um dem Handwerk den Ein- und Verkauf von Rohstoffen und auch den Ein- und Verkauf aller seiner Waren zu erleichtern. Wer sich nicht beteiligen will, braucht es nicht. Jeder Handwerker produziert selbständig wie bisher. Das hat also keinerlei Auswirkung auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Durch die Bildung von Genossenschaften sollen dem Handwerker nur gewisse Erleichterungen gewährt werden, die seine Arbeit verbessern und es ihm ermöglichen, aktiven Anteil zu nehmen an der Entwicklung der Wirtschaft.“

Wie wichtig diese Anregung war, wird mit der Tatsache bewiesen, daß die Zahl der Genossenschaften am 1. Juni 1946 328 betrug und am 30. Juni 1950 auf die Zahl von 1547 angestiegen ist.

Die SED hat bereits im Januar 1947 einen besonderen Ausschuß für Handwerksfragen geschaffen, der sich mit allen Fragen des Handwerks befaßte und den Verwaltungsorganen durch die Partei wertvolle Hinweise für die Förderung des Handwerks und für die Beseitigung bestehender Mängel gab.

Es gibt gewiß eine Anzahl Mißverständnisse und Schwierigkeiten über die Abgrenzung der kommunalwirtschaftlichen Unternehmungen und der handwerklichen Betriebe. Der Ausschuß für Handwerksfragen unserer Partei überprüft die eingebrachten Beschwerden, und ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß auch diese Frage in einer Weise gelöst wird, die allen Teilen gerecht werden wird. Die SED steht immer vor der Aufgabe, die Wirtschaftskräfte so zu entwickeln, daß allen schaffenden Menschen die Lebensgrundlage gesichert ist und daß sie mit Freude und Stolz ihre produktive Arbeit zur Hebung des Wohlstandes unseres Volkes ausüben.

Für die Erfüllung des Fünfjahrplans brauchen wir zusätzliche Arbeitskräfte in der Höhe von 890 000 Personen. Wir benötigen eine gewaltige Zahl qualifizierter Arbeiter, Techniker und In-

genieure. Dazu muß die berufliche Schulung außerordentlich entfaltet werden, dazu brauchen wir neue Berufsschulen und die Vergrößerung der Zahl der Lernenden.

Auch hier erwächst den handwerklichen Betrieben eine bedeutende Aufgabe in der Heranbildung höchstqualifizierter Arbeitskräfte. Auf dem III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde beschlossen, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vorzuschlagen, die Löhne der Arbeiter und Angestellten um 8 bis 30 Prozent zu erhöhen. Es ist Ihnen bekannt, daß die Regierung bereits ein derartiges Gesetz verabschiedet hat.

Die Regierung erstrebt weiterhin die Senkung der Warenpreise des freien Handels und wird deshalb noch in diesem Jahre Preiserabsetzungen durchführen.

Unsere Regierung hat außerdem die Renten erhöht.

Erhöhte Löhne, Gehälter und Renten bei gleichzeitigen Preiserabsetzungen führen zu einer wesentlichen Erhöhung des Reallohnes breiter Schichten des werktätigen Volkes.

Alle diese Tatsachen zusammen mit der am 1. September 1950 in Kraft tretenden Erhöhung der Rationssätze für Fleisch und Fett bedeuten eine schnelle Hebung des Lebensstandards unseres Volkes und damit für das Handwerk mehr Arbeit, mehr Aufträge und Festigung Ihrer materiellen Existenz.

Werte Anwesende!

Diese Perspektiven des deutschen Handwerks im Rahmen unseres Fünfjahrplans können aber nur mit der aktivsten Teilnahme der Handwerker selbst realisiert werden. Der Plan verlangt von allen schaffenden Menschen größte Initiative. Jeder wird nach den demokratischen Prinzipien nach seinen Leistungen bei der Erfüllung des Planes bewertet. Deshalb ergeht an Sie, an die deutschen Handwerksmeister, der Ruf, sich mit Ihrem ganzen Können, allen Ihren Fähigkeiten und Fachkenntnissen für unseren Plan des Friedens und des Aufbaus einzusetzen.

Unsere Wirtschaft braucht vom Handwerk:

1. Waren von höchster Qualität. Wir wollen die bewährten Erzeugnisse sauberer handwerklicher Arbeit wieder auf den

Weltmarkt bringen. Wir wollen, daß unsere Kunden in aller Welt sich überzeugen können, die handwerkliche Produktion der Deutschen Demokratischen Republik ist besser als je zuvor.

2. Gute und preiswerte Erzeugnisse. Genau wie unsere Aktivisten in der Industrie und Landwirtschaft ständig an der Vereinfachung des Arbeitsprozesses zur Senkung der Produktionskosten arbeiten, erwarten wir auch vom Handwerk entsprechende Maßnahmen. Ich weiß selbst aus jahrelanger Berufspraxis als Tischler, welche Möglichkeiten dafür vorhanden sind, und bin überzeugt, daß sich die Handwerker von den Facharbeitern in den Betrieben nicht beschämen lassen werden.

3. Größte Aufmerksamkeit bei der Ausbildung des beruflichen Nachwuchses. Der Fünfjahrplan braucht viele, aber auch gut qualifizierte Arbeitskräfte. Wir rechnen damit, daß uns die Handwerksmeister mehr und gut ausgebildete Facharbeiter zur Erfüllung unserer volkswirtschaftlichen Aufgaben zur Verfügung stellen.

4. Reibungslose und ständig wachsende Zusammenarbeit zwischen den handwerklichen und den volkseigenen Betrieben. Alle Voraussetzungen sind dafür vorhanden. Mißverständnisse, Engstirnigkeiten auf dieser oder jener Seite müssen im Interesse unseres gemeinsamen Zieles, den Lebensstandard unseres Volkes zu heben, schnellstens verschwinden.

5. Vorschläge, Anregungen für die Verbesserung der handwerklichen Produktionsmethoden, für die Einsparung von Material und Arbeitszeit, für die Vereinfachung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ihnen und den volkseigenen Betrieben und Behörden.

6. Wachsamkeit gegenüber allen, die Sand in unser Wirtschaftsgetriebe streuen wollen, die den verbrecherischen Versuch unternehmen, unser friedliches, demokratisches, allein dem Volke dienendes Aufbauwerk zu stören.

Ich bin überzeugt, daß unsere deutschen Handwerker zusammen mit den Arbeitern und der technischen Intelligenz, zusammen mit den Bauern und unserer Jugend ihren Anteil leisten

werden an unserem Plan des friedlichen Aufbaus, damit wir als schaffende Menschen sagen können: Seht, das ist unser gemeinsames Werk für das Leben und das Glück unseres Volkes.

Das bisher von uns Erreichte und der von der SED vorgeschlagene Fünfjahrplan stellen eindeutig klar, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands grundsätzlich die Handwerker in der Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgaben unterstützt, weil sie in den Handwerkern einen Teil des arbeitenden Volkes betrachtet, dessen wirtschaftliches Wohlergehen immer ihre Sorge sein wird.

Gestatten Sie, werte Anwesende, daß ich im letzten Teil meines Referates zum Ausgangspunkt meiner Darlegungen zurückkomme. Ich sagte Ihnen eingangs, daß es nicht genügt, nur ein guter Handwerker, nur ein guter Kaufmann, nur ein guter Facharbeiter zu sein. Man muß auch gleichzeitig ein politisch denkender Mensch sein, der an der gesellschaftlichen Entwicklung seines Volkes aktiven Anteil nimmt.

Was nützen uns alle Pläne des friedlichen, demokratischen Aufbaus, wenn es den Kriegstreibern gelingen sollte, nicht nur über Korea, sondern auch über unsere deutsche Heimat Bombenteppiche abzuwerfen. An dem Ernst dieser verbrecherischen Absichten ist nicht zu zweifeln. Das heldenhaft kämpfende koreanische Volk hat den frechen amerikanischen Eindringlingen eine überzeugende Lektion erteilt. Die koreanischen Arbeiter und Bauern treiben die amerikanischen Divisionen vor sich her, und wir sind fest überzeugt, sie werden sie auch ins Meer treiben, wenn es MacArthur nicht vorzieht, sich rechtzeitig abzusetzen.

Aber auch für Deutschland haben die Vorgänge in Korea eine sehr ernste Bedeutung, weil die amerikanischen Imperialisten ihre Kriegsmethoden auch bei uns anwenden würden, wenn sie ihre Kriegsprovokationen weitertreiben können. Die amerikanische Kriegführung schont weder Frauen noch Kinder, macht keinen Unterschied zwischen der Zivilbevölkerung und der kämpfenden Truppe. Die amerikanischen Generale würden unsere deutschen Städte, Betriebe und Dörfer in der gleichen Weise wie in Korea bombardieren, wenn unser Volk nicht die Kraft findet, den Krieg gemeinsam mit der friedliebenden Menschheit abzuwenden. Die Trümmer von Dresden und Leipzig, die Trüm-

mer von Berlin und München sind Beweis genug, daß die USA-Herren zur Erreichung ihrer verbrecherischen Kriegsziele mit unmenschlicher Brutalität vorgehen.

Korea zwingt uns, zum Schutze unseres Lebens, zur Sicherung der Zukunft unserer Kinder und der Existenz der deutschen Nation alles zu tun, um den Frieden zu erhalten. Millionen Menschen in Deutschland, auch im Westen unserer Heimat, gaben die Unterschrift zum Verbot der Atombomben. Das genügt nicht mehr.

Jeder muß an seinem Arbeitsplatz, in seinem Verwandten- und Bekanntenkreis das Verbrechen der amerikanischen Kriegführung in Korea aufdecken, die Bevölkerung mit tiefem Abscheu gegen dieses neue Verbrechen an der Menschheit erfüllen. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Friedenskämpfer in Westdeutschland und Westberlin von den Gerichten der Besatzungsmächte und der deutschen Justiz wegen ihres Eintretens für den Frieden, wegen ihrer Weigerung, Kriegsmaterial zu transportieren oder zu produzieren, verurteilt werden und hinter Gefängnismauern verschwinden.

Es ist das Recht eines jeden Menschen, Frieden zu verlangen. Es ist das Recht einer jeden Nation, in Frieden zu leben. Es ist das Recht jedes Volkes, in seinem eigenen Hause zu leben, in dem niemand herumlaufen kann, um mit Brandfackeln und Phosphorkanistern das Haus zum Brennen zu bringen.

In der ganzen Welt erschallt der Ruf: Korea den Koreanern! Wir müssen als Deutsche hinzusetzen: Deutschland den Deutschen! Auch der letzte Interventionssoldat muß unsere deutsche Heimat verlassen.

Der am 25. und 26. August in Berlin stattgefundene erste Nationalkongreß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland wandte sich an alle Deutschen, an alle Menschen, die den Frieden wollen und ihre Heimat lieben, unabhängig von ihren parteipolitischen Auffassungen in der Frage des Kampfes für den Frieden, für die Einheit unserer Nation eine große, starke Front zu bilden, bis es gelungen ist, die Einheit unseres Vaterlandes wiederherzustellen, einen gerechten Friedensvertrag zu erhalten und den Abzug der Besatzungstruppen zu erreichen.

Der erste Nationalkongreß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland beschloß das Wahlprogramm für die

Wahlen am 15. Oktober in der Deutschen Demokratischen Republik.

Das Wahlprogramm verpflichtet alle demokratischen Parteien und Organisationen in unserer Deutschen Demokratischen Republik, im Interesse des friedlichen, demokratischen Aufbaus unserer Heimat, im Interesse der Politik der Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern nur solche Kandidaten aufzustellen, die sich vorbehaltlos zu dem Programm der Einheit, des Friedens und der Freundschaft bekennen. Die Kandidaten zum 15. Oktober werden vor ihrer Wahl vor ihre Wähler treten, um ihnen zu sagen, wie sie sich die Erfüllung des Fünfjahrplans zur Steigerung des Wohlstandes unseres Volkes, zur Festigung unserer demokratischen Ordnung vorstellen. Wir sind überzeugt, daß unsere Wähler in Städten und Dörfern, in den Betrieben und MAS in sehr demokratischer Weise darüber entscheiden, welche Kandidaten ihr Vertrauen bekommen und welche durch das Veto der Wähler zurücktreten müssen.

Wir werden mit allen demokratischen Parteien und Organisationen, die fünf Jahre gemeinsam gearbeitet haben, deren gemeinsame Tätigkeit die bisher erreichten Erfolge ermöglichten, gemeinsam vor dem Volke Bericht geben über das bisher Geschaffene und darlegen, wie wir uns den weiteren Weg zum Frieden und zum Wohlstand vorstellen.

Wir denken, daß das eine wirklich demokratische Methode ist, das Volk an der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung teilnehmen zu lassen. Unsere Wahlen unterscheiden sich damit grundlegend von der westlichen Methode. Dort gestattet man den Wählern, einmal nach einer Reihe von Jahren einen Wahlzettel in die Urne zu werfen. Nach der Wahl erleben dann die Wähler, wie die von ihnen gewählten Parlamentarier nicht nach dem Auftrag der Wähler, sondern nach den Wünschen und Befehlen der Konzernherren die Interessen des Volkes verkaufen und verraten. Die letzten Vorgänge in Westdeutschland bieten dafür einen überzeugenden Beweis. Während die übergroße Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung nur den einen Wunsch kennt, den Frieden zu erhalten, in jeder Form die Remilitarisierung ablehnt und immer stärker den Ruf nach dem Abzug der Besatzungstruppen erhebt, verhandeln die Parlamentarier in

Straßburg, auf dem Petersberg und an anderen Orten hinter verschlossenen Türen über die deutsche Wiederaufrüstung, über die Aufstellung von 25 deutschen Divisionen unter amerikanischem Oberbefehl, und Dr. Schumacher schreit sogar nach mehr amerikanischen Besatzungstruppen.

Es ist erst ein Jahr her, daß die westdeutsche Bevölkerung das sogenannte Bonner Parlament wählte. Wir erklärten nach den Wahlen, daß die Wähler eine Fehlentscheidung getroffen haben und daß die Wähler ebenso wie von Hitler betrogen werden.

Sehr schnell hat sich unsere Einschätzung bewahrheitet. Denn die Wähler vom 14. August 1949 stimmten für Parteien, aber nicht für die Spaltung. Sie wählten zwar Dr. Schumacher, aber niemand gab ihm den Auftrag, mehr amerikanische Besatzungstruppen, die Aufstellung einer deutschen Armee mit Hitlers Generalen und den Krieg gegen die Sowjetunion zu fordern.

Die westlichen Wähler glaubten an die Wahlversprechungen der Parteien, daß sie sich für gesicherte wirtschaftliche Existenzbedingungen einsetzen würden. Die gewählten Parlamentarier folgen mit der Bonner Marionettenregierung den Befehlen aus USA, die größere Arbeitslosigkeit, höhere Preise, gesteigerte Konkurse, Hoffnungslosigkeit bei den Handwerkern, den kleinen Fabrikanten, den Umsiedlern und bei den Hunderttausenden Jugendlichen zur Folge haben.

Entgegen jeder wirtschaftlichen Vernunft und entgegen den seit Jahrzehnten bestehenden Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und dem Osten Europas verhindern die Bonner Parlamentarier die Aufnahme und Entwicklung des gegenseitigen Warenaustausches.

Wessen Auftrag erfüllen diese sogenannten Volksvertreter?

Wem wollen sie einreden, daß die Arbeiter der Solinger Schneidwarenindustrie, die Gemüse- und Obstbauern von Niedersachsen, die Werftarbeiter von Hamburg, die Arbeiter und Angestellten von Watenstedt-Salzgitter dagegen sind, mit uns, mit den Ländern des Ostens und Südostens Europas Handelsverträge abzuschließen, die ihnen ihren Arbeitsplatz sichern, sie vor Arbeitslosigkeit und Elend schützen?

Die Schumacher, Adenauer, Kaiser und Konsorten, die unsere westdeutschen Landsleute durch die Behinderung und Störung

der Handelsbeziehungen nach dem Osten zum wirtschaftlichen Ruin treiben, handeln einzig und allein nach den Befehlen der anglo-amerikanischen Konzernherren, die auf diese einfache Weise die lästige deutsche Konkurrenz ausschalten.

Die Adenauer-Clique vermag zwar noch, wehrlose Friedenskämpfer zu verfolgen, nach der Hitlerschen Methode Zeitungen zu verbieten und Friedenskundgebungen zu untersagen, aber sie wird niemals in der Lage sein, den Willen unseres Volkes zur nationalen Einheit, zur Erhaltung des Friedens, zur Freundschaft mit den friedliebenden Völkern zu brechen.

Die Volksverräter in Bonn schreien in panischer Furcht vor dem gerechten Zorn des Volkes von Sabotageakten, von Attentaten, von Überfällen und Mordplänen, die ihnen angeblich von der Deutschen Demokratischen Republik drohen. Das ist eine alte Lüge und geradezu eine Verhöhnung der menschlichen Intelligenz, selbst das Dümme zu glauben.

Fortschrittliche Ideen bedürfen keiner Attentate und Sabotageakte.

Wir wollen den Frieden und freundschaftliche Zusammenarbeit mit allen friedliebenden Menschen.

Wir kommen mit Tatsachen, die weder durch Lügen noch Verleumdungen und auch nicht durch Totschweigen aus der Welt zu schaffen sind.

Zu diesen Tatsachen gehören:

der erfüllte Zweijahrplan in anderthalb Jahren,

unser Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, der Plan, der allen Brot und Arbeit gibt, der die Arbeitslosigkeit für immer beseitigt.

Zu diesen Tatsachen gehört die Hebung des Lebensstandards für das ganze Volk auf eine Höhe, wie sie bisher in Deutschland undenkbar war und im kapitalistischen Deutschland niemals möglich gewesen wäre.

Zu diesen Tatsachen gehört die freie Entwicklung unserer Jugend, die Erschließung aller Möglichkeiten für sie, entsprechend ihren Kenntnissen und Fähigkeiten das Beste zu leisten für sich, für unser Volk, für die friedliebenden Menschen.

Zu diesen Tatsachen gehört die Schaffung einer moralischen politischen Einheit unseres Volkes, in der immer mehr der Typ

des Ausbeuters und des Schmarotzers verschwindet und jeder seine Ehre darin sieht, durch die Arbeit zu beweisen, daß er ein würdiger Teil des Volkes ist.

Zu diesen Tatsachen gehört das große Vertrauen, das wir uns durch den konsequenten, demokratischen und friedlichen Weg, durch Ausschaltung der Kriegshetzer und Provokateure aus unserem gesellschaftlichen Leben, durch die Anerkennung der Wiedergutmachung gegenüber den vom Hitlerfaschismus geschändeten und ausgeraubten Völkern wie der großen Sozialistischen Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern erworben haben.

Das sind Tatsachen, die sich, wie hier auf der Leipziger Messe vor aller Welt sichtbar, in einem gewaltig gewachsenen Warenaustausch zwischen uns und diesen Ländern ausdrücken und die unserem Volk eine gesunde, sichere und dazu noch stürmische Aufwärtsentwicklung gewährleisten.

Werte Anwesende!

Es gibt keinen Zweifel darüber, daß wir für diesen Weg des friedlichen Aufbauwerkes, des Kampfes um unsere nationale Einheit und der ewigen Freundschaft mit dem großen Sowjetvolk alle deutschen Menschen gewinnen werden.

Unsere Wahlen am 15. Oktober 1950 werden dafür einen neuen, eindringlichen Beweis ergeben. Wir appellieren auch an Sie, nicht nur Ihren Anteil zu geben an der wirtschaftlichen Festigung unserer Deutschen Demokratischen Republik, an der Herstellung enger wirtschaftlicher Beziehungen mit allen Teilen unserer deutschen Heimat und dem Ausbau des Warenverkehrs mit der ganzen Welt, sondern wir fordern Sie auch auf, den Kampf der friedliebenden, demokratischen Kräfte unseres Volkes für Frieden und Einheit, für die Freundschaft mit den friedliebenden Völkern tatkräftig zu unterstützen.

Zum erstenmal in unserer Geschichte sind wir auf dem Wege, auf dem nicht nach alter verhängnisvoller Tradition unseres Volkes die Arbeiter gegen die Bauern, die Intelligenz gegen die Arbeiter, die Handwerker gegen die Fabrikanten und die Städter gegen die ländliche Bevölkerung aufgehetzt werden. Zum ersten-

mal vereinigen sich alle werktätigen Menschen zu dem gleichen hohen Ziel, aus unserem Deutschland einen friedlichen, geeinten, demokratischen, wirtschaftlich starken Staat zu gestalten. Ich bin überzeugt, daß die deutschen Handwerker durch ihre tatkräftige Mithilfe den ihnen gebührenden ehrenvollen Platz in diesem friedliebenden, geeinten Deutschland einnehmen und den 15. Oktober zu einem großen Wahlsieg der Nationalen Front des demokratischen Deutschland machen werden.

*„Presse Dienst der SED“,
29. August 1950.*

Ruhm und Ehre für den Bergmann

Aus der Rede anlässlich der großen Kundgebung auf dem Marktplatz in Eisleben am 4. September 1950

Liebe Kumpel, liebe Aktivisten und Jungaktivisten des Mansfelder Kupferbergbaues! Männer, Frauen und Jugend von Eisleben und aus dem Mansfelder Gebiet! Liebe Freunde!

Es sind große Festtage, die wir im Mansfelder Gebiet miteinander begehen. Mit den Mansfelder Berg- und Hüttenarbeitern, Technikern und Ingenieuren begeht aber nicht nur die Bevölkerung des Mansfelder Gebietes, sondern der ganzen Deutschen Demokratischen Republik die 750-Jahr-Feier des Mansfelder Kupferschieferbergbaues. Diese Feier gilt der schwersten und entsagungsvollsten Arbeit, der Arbeit in der Tiefe des Schachtes, der Arbeit, die in den 750 Jahren die Gesundheit und das Leben von ganzen Generationen der Mansfelder Bergarbeiter verschlungen hat, sie gilt der Arbeit, auf der aber auch ein bedeutender Teil des menschlichen Fortschritts beruht.

Als vor 750 Jahren kühne und für ihre Zeit fortschrittliche Menschen begannen, das Kupfererz in der Mansfelder Mulde bergmännisch abzubauen und hüttenmännisch zu verschmelzen, betrieben sie ihre Arbeit auf genossenschaftlicher Grundlage. Bald aber bemächtigten sich die besitzenden Schichten des Handels dieser lohnenden Produktion und brachten die Erzsucher, Schmelzer und Gießer in ihre Abhängigkeit.

Wir begehen diese 750-Jahr-Feier mitten in einem Übergang, bei dem der Bergmann und seine Arbeit so gewürdigt werden, wie sie es verdienen, bei dem der Bergmann in die erste Reihe unseres gesellschaftlichen Lebens rückt. Dieser Übergang ist gekennzeichnet durch unseren Zweijahrplan, der von den Arbeitern mit so großem Erfolg verwirklicht wurde. Nun eröffnen sich vor uns die großen Perspektiven unseres Fünfjahrplans, den ihr mit nicht geringerem Erfolg verwirklichen werdet. Der große

Sinn dieser 750-Jahr-Feier besteht eben gerade darin, daß ein langes, düsteres Kapitel der Geschichte des mitteldeutschen Bergbaues abgeschlossen und ein neues Kapitel aufgeschlagen ist, in dem der Bergmann an die erste Stelle in unserer demokratischen Wirtschaft rückt, den Ruhm und die Ehre erhält, die ihm gebühren.

Liebe Mansfelder Bergleute! Aktivisten und Jungaktivisten!

Die Geschichte eurer engeren Heimat und des Kupferschieferbergbaues hat auch glänzende Seiten aufzuweisen, auf die ihr als Bergleute und wir alle als Deutsche mit Recht stolz sein können. Einer der größten deutschen Denker, Friedrich Engels, der Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus, schrieb in seinem Buch über den deutschen Bauernkrieg:

„Die deutschen Bergleute waren im 15. Jahrhundert die geschicktesten der Welt.“

Ihrer Arbeit und ihrem Können war es in erster Linie zu verdanken, daß die Kupfergewinnung im Mansfelder Gebiet damals einen beachtlichen Aufschwung nahm. Gegenüber der Knechtung durch Fürsten und Junker hatten sie sich manche Freiheiten ertrotzt und bewahrt. Im Mansfeldischen wirkte auch einer der größten Revolutionäre der deutschen Geschichte. Thomas Münzer, der selbstlose und tapfere Führer der Bauern während des großen deutschen Bauernkrieges, hat sich auch an die Mansfelder Bergknappen mit seinen flammenden Predigten und Flugschriften gewandt. Sein Kampf gehört zu den großen freiheitlichen Traditionen, die wir alle wahren und aus denen wir lernen sollten. Es gehört zur Tragik der deutschen Geschichte, daß es Thomas Münzer trotz seines leidenschaftlichen Eifers und seiner kühnen Beredsamkeit nicht gelang, den Kampf der Bauern mit dem Kampf der Bergknappen und der Handwerker der Städte zu vereinen und so den Sieg über die heimtückischen und verräterischen Fürsten zu erringen.

Die Zersplitterung Deutschlands, die durch die Niederlage der kämpfenden Bauern noch verschlimmert wurde, führte auch zum Niedergang des Kupferbergbaues, der im Dreißigjährigen Krieg zum großen Teil vernichtet wurde und fast völlig zum Erliegen kam. Aus der Zerrissenheit Deutschlands, aus der Gewinnsucht der Herrschenden, aus dem Mißbrauch der Religion entsprang

dieser Krieg, der ganz Deutschland verwüstete und die Entwicklung unseres Volkes um rund 200 Jahre zurückwarf. Alle heutigen Versuche ausländischer Imperialisten, wieder aus der deutschen Zerrissenheit Nutzen zu ziehen, müssen an der Einmütigkeit aller nationalbewußten Deutschen scheitern. Unser Kampf um die Einheit Deutschlands auf demokratischen Grundlagen dient dem Frieden, dessen Erhaltung allein unsere deutsche Heimat vor der Verwüstung und Verödung durch amerikanische Atombomben bewahren kann.

Der erste Weltkrieg, in den die deutschen Monopolherren unser Volk stürzten, hatte auch für den Mansfelder Bergbau verheerende Folgen.

Zwar errang sich die Arbeiterschaft in der Novemberrevolution den Achtstundentag und gewisse politische Rechte und soziale Reformen, aber die Macht des Monopolkapitals blieb ungebrochen. Es nützte seine Macht und organisierte die politische und wirtschaftliche Reaktion in der Weimarer Republik. Im Kampf gegen diese faschistische Reaktion haben die Mansfelder Bergarbeiter ebenfalls tapfer ihren Mann gestanden.

Als im März 1920 mit dem Kapp-Putsch der Versuch gemacht wurde, die reaktionäre und militaristische Herrschaft voll wiederherzustellen, traten die Mansfelder Bergarbeiter geschlossen in den Streik, bemächtigten sich der Waffenlager der Reaktion und verjagten die reaktionären Kräfte. Der Kapp-Putsch zeigte, was die vereinte Kraft der Arbeiterklasse vermochte.

Die Rechte und Freiheiten, die sich die Mansfelder Bergarbeiter bei der Niederschlagung des Kapp-Putsches errungen hatten, mußten sie im März 1921 gegen den reaktionären Anschlag Hörsings verteidigen, der Polizeiformationen ins Mansfelder Gebiet schickte, um die reaktionären Forderungen der Mansfelder Monopolherren durchzusetzen. Der tapfere Kampf der revolutionären mitteldeutschen Arbeiter, besonders in Sangerhausen, Schreplau und Ammendorf, endete gegenüber den schwerbewaffneten Polizeiformationen mit einer Niederlage, weil er in Deutschland isoliert blieb. Schon damals zeigte sich die ganze Bestialität der bürgerlichen Reaktion und der Klassenjustiz. Von den während der mitteldeutschen Kämpfe getöteten Arbeitern sind neun Zehntel nicht im bewaffneten Kampf ge-

fallen, sondern unbewaffnet während oder nach dem Kampf ergriffen und ermordet worden. Mehr als 2000 Jahre Zuchthaus und Gefängnis wurden von der Klassenjustiz verhängt. Das war eine blutige Lehre, die jedoch leider nicht so beherzigt wurde, daß sie zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung geführt hätte. Die Mansfelder Bergarbeiter haben jedoch in den großen Streikkämpfen der Jahre 1922 und 1923 gezeigt, daß ihr Kampfgeist durch dieses Blutbad noch nicht gebrochen war.

Die weitere Entwicklung des Mansfelder Kupferschieferbergbaues in der Weimarer Republik gibt uns auch heute noch wichtige Lehren. Die Betriebe wurden rationalisiert, die Arbeitsleistung gesteigert, und die Arbeiter flogen massenweise auf die Straße. In der Zeit von 1923 bis 1931 sind rund 9000 Arbeiter von der Mansfeld-AG entlassen worden. In den folgenden Jahren wurden von den Monopolherren der Mansfeld-AG alle Lasten der Krise auf die Bergarbeiter abgewälzt, so daß sie bis zum Jahre 1933 eine Gesamtlohnsenkung von 28,4 Prozent über sich ergehen lassen mußten. Schärfste Ausbeutung bei niedrigen Löhnen für die Kumpels, die das zweifelhafte Glück hatten, im Betriebe zu bleiben, Dauerarbeitslosigkeit und Elend für die Kumpels, die auf die Straße geworfen waren — das war das Los der Mansfelder Bergarbeiter im kapitalistischen Deutschland. Schon damals haben amerikanische Anleihen den deutschen Arbeitern Arbeitslosigkeit und Not gebracht. Das gilt für unsere heutige Zeit in noch viel höherem Maße. Mit dem Marshallplan hat der amerikanische Imperialismus die Dauerarbeitslosigkeit wieder nach Westdeutschland gebracht.

Wenn man sich an diese unbestreitbaren Tatsachen erinnert, dann begreift man erst voll und ganz, wie groß die Veränderungen sind, die uns die Zerschlagung des Hitlerfaschismus durch die siegreiche Sowjetarmee und die Errichtung der demokratischen Ordnung gebracht haben.

In unserer Deutschen Demokratischen Republik ist den Monopolherren für immer die Möglichkeit genommen, 20 000 Arbeitern mit der Arbeitslosigkeit und der Schließung der Betriebe zu drohen.

In unserer Deutschen Demokratischen Republik kämpfen wir für die Steigerung der Produktion, um die Lebenslage aller

werktätigen Menschen zu verbessern. Die Erhöhung der Löhne, die Bergarbeiterverordnung, die Erhöhung der Rationen und die Herabsetzung der Preise — das sind die unwiderleglichen Beweise dafür.

In unserer Deutschen Demokratischen Republik ist die Arbeiterschaft nicht gezwungen, gegen Lohnkürzungen zu streiken, sondern sie erhält die Lohnerhöhungen durch Beschluß der Regierung.

In unserer Deutschen Demokratischen Republik kann die Arbeiterschaft nicht durch amerikanische Anleihen von Arbeitslosigkeit bedroht werden, sondern die ständige Ausweitung und Entwicklung der Produktion erfordert immer neue Arbeitskräfte, die, wie ihr ja selber wißt, heute noch nicht einmal ausreichen.

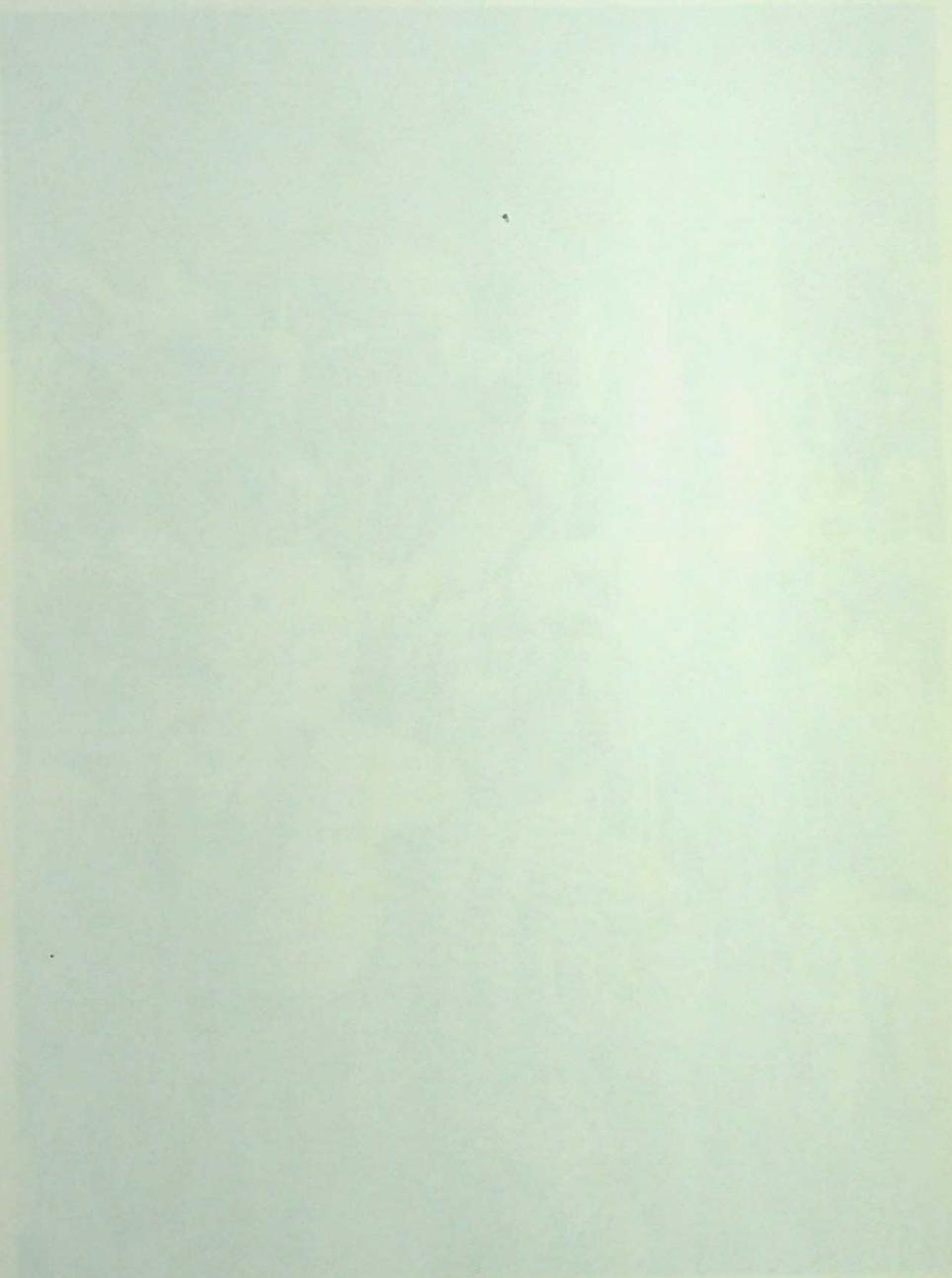
Der Mansfelder Kupferbergbau hat seine Aufgaben im Zweijahrplan vorfristig erfüllt. Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß er auch den Volkswirtschaftsplan 1950 erfüllt und damit die Voraussetzungen schafft, um den großen Fünfjahrplan in Angriff zu nehmen, der für den Kupferschieferbergbau und alle mit ihm verbundenen Erzeugungszweige große und bisher beispiellose Perspektiven eröffnet. Es ist vorgesehen, die bestehenden Schächte des Kupferschieferbergbaues auszubauen und neue Schächte im Sangerhauser Revier anzulegen, die es gestatten, die Förderung auf 1,5 Millionen Tonnen zu erhöhen. Das wird bedeuten, daß wir 70 Prozent des benötigten Kupfers aus unseren eigenen Schächten fördern und uns weitgehend von den Schwierigkeiten der Einfuhr befreien werden. Für die Bauvorhaben an Gruben, Hütten, Kraftwerken, Kultur- und Sozialbauten des Kupferbergbaues sind im Fünfjahrplan 210 Millionen DM angesetzt.

Der Wohnungsbau, die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse werden das Leben verbessern und die Produktion steigern helfen. Ihr habt sicher noch sehr viele Forderungen zur Verbesserung eurer Arbeitsbedingungen, zum Ausbau der sanitären und kulturellen Einrichtungen, zur Besorgung von Fahrrädern und Lederschuhen und vielen anderen Dingen. Wendet euch mit euren Forderungen an die Regierung und an die Stadtverwaltungen; sie werden und müssen euch helfen.

Fragen wir uns aber, worin die Ursachen der schon erreichten



Bauern und Bäuerinnen überreichen Wilhelm Pieck auf der Landwirtschaftsausstellung in Leipzig am 15. September 1950 Blumen und Erntegeschenke



THE UNIVERSITY OF CHICAGO LIBRARY
1215 EAST 58TH STREET, CHICAGO, ILL. 60637

Erfolge und die Bürgschaft für die Verwirklichung der großen Aufgaben des Fünfjahrplans liegen, so können wir sagen, sie liegen in der Tatsache, daß wir die Lehren aus der deutschen Vergangenheit, die Lehren aus zwei Weltkriegen mit ihren fürchterlichen Katastrophen gezogen haben.

Der Bergbau gibt unserer Industrie Kohle, Eisen, Stahl und Buntmetalle und damit die Grundlagen ihrer gesamten Entwicklung. Die Arbeit des Bergmannes entscheidet weitgehend über das Gelingen unseres großen Aufbauplanes. Die Arbeit des Bergmannes ist aber auch überaus schwer, und er verdient darum in jeder Beziehung die besondere Fürsorge des Staates und eine entsprechende gesellschaftliche Anerkennung. In unserer demokratischen Ordnung darf der Bergmann nicht mehr der letzte Mann sein, sondern muß einen Ehrenplatz einnehmen. Ich denke, daß die auf Initiative der Sozialistischen Einheitspartei ausgearbeitete und erlassene „Verordnung zur Verbesserung der Lage der Bergarbeiter, des ingenieurtechnischen und kaufmännischen Personals sowie der Produktionsverhältnisse im Bergbau“ beweist, daß wir diese Stellung des Bergmannes nicht nur anerkennen, sondern dafür auch alle erforderlichen Maßnahmen treffen.

Gleichzeitig bringt die Bergbauverordnung aber auch eine wesentliche Besserstellung der Bergarbeiter. Sie sollen die höchsten Löhne von allen Industriegruppen erhalten, die Gesundheitsfürsorge und die sozialen und kulturellen Einrichtungen sollen ausgebaut werden. Für die ununterbrochene Tätigkeit im Bergbau sollen die Bergarbeiter und das ingenieurtechnische Personal, je nach der Dauer, entsprechende zusätzliche Belohnungen erhalten. Mit dem gestrigen Tage ist auch die Verordnung über die Verbesserung der Entlohnung in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben in Kraft getreten.

Natürlich kommt all das nicht von selbst. Die Beratungen des 3. Kongresses des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes haben gezeigt, welche große Arbeit von den Gewerkschaften geleistet werden muß, um die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung zu entfalten, um eine ausgezeichnete Qualität der Erzeugnisse sicherzustellen, um alle betrieblichen Reserven auszunutzen und neue Arbeitsmethoden zu entwickeln.

Vor uns stehen große Ziele. Es gilt den Frieden zu sichern und die Einheit Deutschlands zu erkämpfen. Es gilt unsere Deutsche Demokratische Republik zu festigen und zu stärken und durch die Verwirklichung des Fünfjahrplans die arbeitende Bevölkerung zum Wohlstand zu führen. Um diese Ziele zu erreichen, ist es unbedingt erforderlich, einmütig zusammenzustehen und mit vereinter Kraft, ohne Parteigezänk und Zersplitterung, alle Schwierigkeiten zu überwinden und die gestellten großen Aufgaben zu lösen. Diese Einmütigkeit aller Kräfte ist in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland verwirklicht. Den Beweis dafür hat der Nationalkongreß geliefert, der Ende voriger Woche in Berlin getagt hat. Er hat einstimmig das Wahlprogramm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und die Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten beschlossen. Das Wahlprogramm ist das Bekenntnis zum Frieden, zur Einheit Deutschlands, zur Forderung nach einem gerechten Friedensvertrag und dem Abzug aller Besatzungstruppen. Das Wahlprogramm bekennt sich zu unserer Deutschen Demokratischen Republik und zu dem großen Programm ihres wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus, dem Fünfjahrplan.

Unsere Wahlen sind frei und wahrhaft demokratisch, weil wir den breitesten Kreisen der Bevölkerung nicht nur das Recht geben, über diesen oder jenen Kandidaten abzustimmen, sondern ihnen auch die Möglichkeit geben, aktiv bei der Auswahl und Aufstellung der Kandidaten mitzuwirken. Ihr selbst könnt dazu beitragen, daß in die Volksvertretungen nur Menschen kommen, die vorbehaltlos für die Sicherung des Friedens, für die Erkämpfung der Einheit Deutschlands und eines gerechten Friedensvertrages eintreten, die sich voll einsetzen für die Verwirklichung unserer Wirtschaftspläne und damit für eine ständige Hebung der Lebenshaltung unserer Bevölkerung. Es kommt jetzt darauf an, auf der Grundlage des Wahlprogramms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland die Wahlen am 15. Oktober wirklich zur Angelegenheit des ganzen Volkes zu machen.

Die wichtigste Aufgabe ist der Kampf um den Frieden. Was wir aufgebaut und geleistet haben, darf nicht durch einen neuen Krieg gefährdet werden. Die Gefahr des Krieges ist größer, als

sie je seit dem Jahre 1945 war. Die amerikanischen Imperialisten haben den Bürgerkrieg in Korea entfacht und ihn zum Vorwand für den Angriffskrieg gegen das koreanische Volk benutzt, das mit so großem Erfolg für seine nationale Einheit und Unabhängigkeit kämpft. In Westdeutschland betreiben die Adenauer, Blücher und Schumacher unverhüllt eine neue Aufrüstung, die Aufstellung von Söldnerarmeen für den amerikanischen Krieg. Sie rufen nach amerikanischen Divisionen und Bombern, um, wie der Kriegshetzer Dr. Schumacher erklärte, die Offensive des Westens in russisches Gebiet zu tragen.

Angesichts dieser Gefahr gilt es den Kampf um den Frieden mit erhöhter Energie und Überzeugungskraft zu führen; nur im Frieden ist der Erfolg unserer Arbeit, ist unserem Volke eine glückliche Zukunft gewährleistet. Darum ist die Verteidigung des Friedens gegenwärtig die erste und vordringlichste Aufgabe. Der Erfolg des Friedenskampfes ist uns gewiß. Während das Lager der imperialistischen Kriegstreiber von inneren Gegensätzen und Konkurrenzkämpfen geschwächt wird, ist das große Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus so einmütig und stark wie nie zuvor. An seiner Spitze steht die mächtige Sowjetunion und der geniale Staatsmann des Friedens, der große Stalin. Zu diesem Lager gehören auch die werktätigen Massen der kapitalistischen Länder, die ebenso wie wir einen dauerhaften Frieden wollen und gegen die Kriegsvorbereitungen kämpfen. Dieses Lager ist unbesiegbar.

Beweisen wir dem ganzen deutschen Volke, daß unsere Republik fest in diesem Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus steht.

Beweisen wir dem ganzen deutschen Volke durch die Erfüllung unserer Wirtschaftspläne und durch die Inangriffnahme unseres großen Fünfjahrplans, daß es möglich ist, im Frieden alle Lebensfragen Deutschlands zu lösen, wenn es frei ist von der Herrschaft anglo-amerikanischer Imperialisten.

Das ganze deutsche Volk wird diesen überzeugenden Beweis am 15. Oktober erhalten, der einen überwältigenden Sieg der Nationalen Front des demokratischen Deutschland bringen wird.

„Neues Deutschland“, Berlin,
5. September 1950.

An die schaffenden Bauern

*Rede auf der Bauernkundgebung in Leipzig
am 15. September 1950*

Liebe Bauern! Männer, Frauen und Jugend unserer Landwirtschaft! Verehrte Anwesende!

Wir haben uns hier zu einer sehr denkwürdigen Kundgebung versammelt. Zum ersten Male in der Geschichte unseres Volkes findet ein Aufmarsch der werktätigen Bauernschaft und der Landarbeiter in einem der größten Industrie- und Handelszentren unserer Republik statt. Eure Berufsorganisation, die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, rief euch auf, und 80 000 Bauern kamen aus allen Teilen unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Zum ersten Male in unserer Geschichte kommt ihr mit vollen Händen, um eurer demokratischen Regierung die Früchte eures Fleißes und eurer Arbeit zu zeigen.

Eure Regierung gibt euch Rechenschaft über den gemeinsam beschrittenen Weg und legt euch einen Plan des Friedens und des wirtschaftlichen Aufbaus vor.

Zum ersten Male in unserer Geschichte kamen 80 000 Bauern in die Stadt nicht als Feinde der Städter, sondern als Freunde der Arbeiter, Angestellten und der technischen Intelligenz.

Zum Unterschied von der früheren „Grünen Woche“, die im ehemaligen Kaiserreich und in der Weimarer Republik alljährlich von dem Bund der Landwirte in Berlin veranstaltet wurde und wo die Junker und Großgrundbesitzer die Erhöhung der Schutzzölle forderten, um auf Kosten des werktätigen Volkes ihren Reichtum durch die Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte zu steigern, ist die heutige Bauernkundgebung eine Manifestation der Verbundenheit schaffender Menschen in Stadt und Land für die Erfüllung der gemeinsamen Aufgaben auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Das Große an dem heutigen Tage ist vor allem die Willenskundgebung der werktätigen Menschen für Arbeit und Frieden.

Der heutige Tag ist angetan, vor der gesamten werktätigen Bauernschaft und dem werktätigen Volke die Frage zu stellen und zu beantworten: Wurde in der Deutschen Demokratischen Republik von den Bauern der Acker gut bestellt, die Ernte gut eingebracht, und entspricht die Ernte unseren Erwartungen?

Ich bin überzeugt, daß unsere Bauernschaft mit berechtigtem Stolz von sich sagen kann: Jawohl, wir haben gut auf unserem Acker gearbeitet und haben auch entsprechend geerntet. Die Ernte ist gut und befindet sich ebenso in der Hand unseres Volkes wie der Acker und die gesamte Wirtschaft.

Unser Acker, das ist die gesamte Wirtschaft unseres Volkes in Stadt und Land.

Unser Acker, das ist das gesamte gesellschaftliche Leben, das Verhältnis zwischen Stadt und Land.

Unser Acker, das ist das Leben der werktätigen Menschen. Wir haben auf diesem Acker schwer gearbeitet im Schweiß unseres Angesichts. Der Acker war steinig und voller Unkraut, und unsere Feinde haben uns manche Knüppel in den Weg geworfen.

Aber wir haben es geschafft. Wir haben gearbeitet und geerntet, und die Ernte ist gut eingebracht.

Unsere Ernte, das ist das feste Fundament der Deutschen Demokratischen Republik.

Unsere Ernte, das ist eine Regierung des Volkes der Arbeiter und Bauern, der Angestellten und der technischen Intelligenz.

Unsere Ernte, das ist eine Regierung der Jugend, der kommenden Generation.

Unsere Ernte, das ist eine Regierung, die sich auf das Vertrauen des gesamten Volkes stützt und die das Vertrauen unserer Nachbarvölker und der großen Sozialistischen Sowjetunion, mit dem weisen Führer Stalin an der Spitze, genießt.

Die Grundlagen unseres Erfolges

Aber wie konnten wir das alles erreichen? Was sind die Grundlagen unseres Erfolges? Denken wir immer wieder über

diese wichtigen Fragen nach. Als wir im Mai 1945 nach der Zerschlagung der Hitlermacht durch die Sowjetarmee mit unserer Arbeit begannen, erhielten wir in der sowjetischen Besatzungszone durch den Erlaß des Oberbefehlshabers General Shukow die Erlaubnis, antifaschistisch-demokratische Parteien und die Gewerkschaften aufzurichten. Wir zogen aus der traurigen Vergangenheit die große Lehre: niemals wieder als schaffende Menschen gegeneinander, sondern gemeinsam, zusammen in Stadt und Land, zu arbeiten und den Weg der Demokratie und des Friedens zu gehen.

Durch die Initiative der vereinten Kräfte der Arbeiterklasse wurde der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen geschaffen. Damit wurde auch die Grundlage für das Bündnis der Arbeiter und der Bauern, das Bündnis der Arbeiter und der werktätigen Intelligenz geschaffen.

Diese Einheit hat sich in den fünf vergangenen Jahren bestens bewährt. Wir haben gelernt, das gemeinsame Interesse aller ehrlich schaffenden Menschen immer in den Vordergrund zu stellen und auf diese Weise die Kraft zur Lösung der vor uns stehenden großen Aufgaben zu schaffen.

Noch etwas anderes war von sehr großer Bedeutung. In dem bekannten Potsdamer Abkommen der alliierten Besatzungsmächte vom Juli 1945 wurde dem deutschen Volke zugesichert, Deutschland als wirtschaftliches Ganzes zu behandeln, eine gemeinsame Politik im ganzen Wirtschaftsleben durchzuführen und dem werktätigen Volke die Erhaltung eines mittleren Lebensstandards zu ermöglichen.

Die alten Kräfte des Militarismus und Nazismus sollten ausgerottet und die Garantie für die Sicherung des Friedens geschaffen werden.

Der Rat der Außenminister der Besatzungsmächte wurde beauftragt, den Friedensvertrag mit Deutschland vorzubereiten, für dessen Abschluß eine zentrale Regierung vom deutschen Volke geschaffen werden sollte. Über die Grenze zwischen Deutschland und Polen wurde vereinbart, daß bis zum Abschluß eines Friedensvertrages die Oder und die Lausitzer Neiße die Grenze sein sollte und daß die Bevölkerung östlich der Oder und der Neiße und die deutsche Bevölkerung in der Tschecho-

slowakei und in Ungarn nach Deutschland übergeführt und auf die vier Besatzungszonen verteilt werden sollte.

Einstimmig wurde vereinbart, daß die Alliierten nicht gewillt sind, das deutsche Volk zu vernichten oder in die Sklaverei zu stürzen, und daß es zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einnehmen wird.

Dieses Potsdamer Abkommen war von größter Bedeutung für unser Volk. Es ist ersichtlich, daß es von dem Geist getragen ist, der noch während des Krieges wiederholt von dem Führer des Sowjetvolkes, Generalissimus Stalin, verkündet wurde, daß dem deutschen Volke alle Möglichkeiten der Wiederherstellung seines Lebens auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage gegeben werden sollen. Der Hitlerfaschismus solle mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat sollen bleiben.

Die Sowjetregierung hat sich auch jede Mühe gegeben, die in dem Potsdamer Abkommen gegebenen Versprechungen zu verwirklichen, und hat immer wieder auf den Außenministerkonferenzen die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages und der Wahrung der Einheit Deutschlands gestellt.

Aber sehr bald wurde ersichtlich, daß die anderen Besatzungsmächte — die Amerikaner, Engländer und Franzosen — nicht gewillt waren, die in dem Abkommen dem deutschen Volke gegebenen Versprechungen zu erfüllen. Aus diesem Grunde gingen sie sogar im November/Dezember 1947 dazu über, den Außenministerrat zu sprengen, um ihren Plan der Zerreißung Deutschlands durchzuführen und einen separaten Weststaat unter dem Diktat der Westmächte zu schaffen.

Es war ein für Deutschland verhängnisvoller Schritt, den damit die Westmächte unternahmen, zumal damit die Absicht verbunden ist, den von ihnen errichteten Weststaat für die Durchführung des von ihnen geplanten Krieges gegen die Sowjetunion zu benutzen.

Diese Tatsachen müssen wir uns immer wieder in Erinnerung bringen, weil nur so die weitere Entwicklung in Deutschland verstanden und die entsprechenden Schlußfolgerungen für unseren Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands gezogen werden können.

So erklärt sich auch die völlig unterschiedliche Entwicklung in Ost- und Westdeutschland. Hier bei uns wirtschaftlicher Aufstieg, Verbesserung der Lebenshaltung unseres Volkes und Aufbau einer demokratischen Ordnung. Dort im Westen wirtschaftlicher Niedergang, wachsende Arbeitslosigkeit und zunehmendes Massenelend, die Versklavung der Bevölkerung durch ein koloniales Besatzungsstatut und die Vorbereitung für einen neuen Krieg.

In der sowjetischen Besatzungszone gingen die antifaschistisch-demokratischen Kräfte gemeinsam an die Durchführung von Maßnahmen, die der demokratischen und friedlichen Entwicklung und dem wirtschaftlichen Aufstieg den Weg ebneten.

Dazu gehört vor allem die demokratische Bodenreform. Es ging darum, das jahrhundertealte Unrecht und damit die Existenz der nutzlosen, faulen, von der Arbeit und dem Schweiß der werktätigen Bauern und Landarbeiter lebenden feudalen Großgrundbesitzerklasse zu beseitigen.

Durch die Bodenreform wurden 7000 Großgrundbesitzer, Junker — die Angehörigen der Adelskaste auf dem jetzigen Boden der Deutschen Demokratischen Republik — entschädigungslos enteignet. Rund 3,3 Millionen Hektar Land gingen in den Bodenfonds über. Zwei Drittel davon, genau 2,1 Millionen Hektar Land, übergab die damalige demokratische Verwaltung den landlosen Bauern, den Landarbeitern und den Umsiedlern. Die Umsiedler erhielten allein mehr als drei viertel Millionen Hektar Land. Von Jahr zu Jahr wurde die Zahl der Bodenempfänger gesteigert. Am 1. Januar 1947 waren es 472000 Bodenempfänger und am 1. Januar 1950 rund 560 000 Bodenempfänger.

Mit dieser demokratischen Bodenreform haben wir für alle Zeiten die Kaste der feudalen Rittergutsbesitzer, der Herren, die die Erträgnisse der Landarbeiter und Pachtbauern verpraßten, beseitigt. Nie wieder werden die Herren von und zu die Möglichkeit haben, aus dem Blut und Schweiß der Bauern und Landarbeiter reaktionäre, faschistische Organisationen zu finanzieren. Nie wieder wird diese Kaste auf der Grundlage des Besitzes von Hunderten Hektar Land die Spitzen der Regierung und des Militärs besetzen, um eine Politik des Krieges und der Raubzüge gegen andere Völker durchzuführen.

Mit der Bodenreform übergaben wir den Boden denen, die ihn bearbeiten. Unser Boden in der Deutschen Demokratischen Republik dient einzig und allein der friedlichen Arbeit, der Ernährung der schaffenden Menschen, der Hebung des Wohlstandes unseres Volkes, damit es in Glück und Frieden leben kann.

Durch die Bodenreform gaben wir 91 000 Umsiedlern — mit ihren Familienangehörigen mehr als eine halbe Million Menschen — Höfe und Stallungen. Wir bauten für sie bis zum 1. Januar 1950 bereits 55 000 Häuser, 60 000 Ställe und 36 000 Scheunen. Unsere demokratischen Verwaltungsorgane gaben dazu Kredite von 610 Millionen DM.

Zu diesen Häusern und Krediten kam die Überlassung von Vieh und Gerät.

Wovon zeugen diese Tatsachen? Sie beweisen, daß die deutsche demokratische Regierung sich völlig über die große Bedeutung der Landwirtschaft klar ist. Sie beweisen, daß der Landwirtschaft jede erdenkliche und mögliche Hilfe geleistet wurde, was auch in Zukunft geschehen wird.

Zu dieser praktischen Hilfe gehört die Schaffung der Maschinenausleihstationen. Das war eine neue Einrichtung auf dem Lande. Die feindliche Propaganda hat versucht, diese Einrichtung genauso wie die Bodenreform als eine den Bauern feindliche Maßnahme zu bezeichnen. Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß das eine von den vielen böswilligen Verleumdungen war. Die MAS haben sich bewährt und der großen Masse der werktätigen Bauern geholfen und werden auch in Zukunft die Arbeit der Bauern erleichtern und ihnen zu größeren Ernteerträgen verhelfen.

Der vom III. Parteitag der SED beschlossene und der Regierung in einem feierlichen Staatsakt am 10. August übergebene Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft und der Kultur in unserer Republik sieht eine Erhöhung der Zahl der MAS von 524 auf 750 vor. Die Zahl der Traktoren soll in den fünf Jahren von 11 950 auf 37 500 und die Zahl der Traktorenpflüge von 14 000 auf 38 500 steigen.

Aber das ist nur ein Teil aus dem großen Programm für die Landwirtschaft, das der Fünfjahrplan vorsieht. Entscheidend ist

die Steigerung der Hektarerträge und die Erhöhung der Viehbestände sowie die qualitative Verbesserung des Viehbestandes und des Saatgutes.

Am Ende des Fünfjahrplans sind in allen Zweigen der landwirtschaftlichen Produktion, das heißt bei Getreide, bei Ölfrüchten, bei Kartoffeln und in der Viehzucht, die Zahlen des Jahres 1936 in bezug auf die Zahl und die Qualität weit zu übertreffen.

Selbstverständlich gehört dazu auch die Erhöhung der Produktion von Mineraldünger entsprechend diesen vorgesehenen Zahlen der Entfaltung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Ihr seht also, liebe Bauern, daß wir von euch sehr viel verlangen. Wir wollen mehr Früchte und bessere Früchte, wir wollen mehr Vieh und besseres Vieh. Wir wollen, daß am Ende des Fünfjahrplans auf unserem Mittagstisch so viel und so gute landwirtschaftliche Erzeugnisse stehen, wie es noch niemals in der Geschichte unseres Volkes der Fall war.

Die Regierung hilft den Bauern

Die deutsche demokratische Regierung leistet aber auch den Bauern eine große Hilfe. Sie hat mit den Gesetzen vom 8. September 1950 eine Reihe entscheidender Maßnahmen für die Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler, für die Klein- und Mittelbauern und für arbeitsunfähige Bürger der Deutschen Demokratischen Republik beschlossen. Aus diesen Gesetzen möchte ich folgende Punkte herausgreifen, um den Charakter dieser Gesetze zu kennzeichnen.

1. Die Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude für die Neubauern-Umsiedler sind bis Ende 1952 zu vollenden, insbesondere die noch nicht vollendeten Bauten aus dem Jahre 1948/1949.

2. Die bedürftigen Neubauern-Umsiedler erhalten einen zinslosen Kredit entsprechend dem Grund ihrer Bedürftigkeit bis zu 5000 DM. Die Regierung hat hierfür einen Betrag von 25 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

3. Den bedürftigen Neubauern-Umsiedlern sind 10 000 Milchkühe bis zum 1. Juli 1951 zu festen Preisen zur Verfügung zu

stellen. Die notwendigen Geldmittel hierfür erhalten die Neubauern-Umsiedler als zinslose Darlehen, die innerhalb von drei Jahren in Raten zurückzuzahlen sind.

4. Die Umsiedlerbauernwirtschaften erhalten im Ablieferungsplan 1951/1952 Vorzugsbedingungen, wirtschaftlich Schwache eine Ermäßigung des Ablieferungssolls bis zu 50 Prozent.

5. Die gewährten Bodenreform-Baukreditschulden werden mit Wirkung vom 1. Juli 1950 und nach dem Stand vom 30. Juli 1950 um 50 Prozent herabgesetzt. Das gilt für alle Neubauern, die ausschließlich von ihrer Bauernstelle leben.

6. Alle Anlieger und Siedler, die vor dem 8. Mai 1945 von agrarkapitalistischen Siedlungsgesellschaften oder ähnlichen Institutionen Siedler- oder Landstücke übernommen haben, erhalten kraft dieses Gesetzes diese Grundstücke als Eigentum.

7. Die Restschuldsumme dieser Altsiedler wird um 50 Prozent herabgesetzt. Alle bisher geleisteten Zahlungen sind in voller Höhe anzurechnen.

8. Klein- und Mittelbauern, deren Wohn- und Wirtschaftsgebäude durch Kriegseinwirkung zerstört oder beschädigt wurden, können einen Kredit in Höhe von 60 Prozent der Aufbaukosten erhalten.

9. Alle Personen, die spätestens bis zum 31. Dezember 1950 das 60. Lebensjahr vollenden und in der Deutschen Demokratischen Republik beziehungsweise im demokratischen Sektor Berlins wohnen, bekommen auf Antrag auf Uraltguthaben, das heißt auf Guthaben, die vor dem 9. Mai 1945 bestanden, den Betrag von 100 DM ausgezahlt.

10. Männliche Personen über 65 Jahre, weibliche über 60 Jahre, die von Renten oder Sozialunterstützungen leben, bekommen einen Erlaß aller Schulden, die gegenüber staatlichen Institutionen aus der Zeit vor dem 8. Mai 1945 resultieren.

Liebe Bauern! Diese Gesetze wie der in Vorbereitung befindliche Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft unserer Republik sind das Ergebnis einer konsequenten, demokratischen, friedlichen Aufbaupolitik. Ihr wißt es selbst, daß noch

vor zwei Jahren eine durchaus ungünstige Stimmung in den Städten euch gegenüber vorhanden war. Wir haben uns aber nicht beirren lassen. Wir haben den Arbeitern erklärt, wir können von den Bauern nur mehr verlangen, wenn wir ihnen gute, preiswerte Industriewaren geben. Entgegen aller feindlichen Propaganda blieben wir bei der Losung: Erst mehr arbeiten, dann besser leben!

Unsere Arbeiter haben das auch verstanden. Sie haben aus den Erfahrungen der zwanziger Jahre gelernt, daß die amerikanischen Kredite keine Hilfe bringen werden, sondern nur aus der eigenen Kraft ein besseres Leben erstehen kann. Diese Erkenntnis war die Grundlage unserer großartigen Aktivistenbewegung. Die Arbeiter in den Betrieben schufen mehr und schufen bessere Waren. So war es möglich, euch mehr Industriewaren zu geben, und euch war es dadurch möglich, mehr landwirtschaftliche Erzeugnisse in die Städte zu liefern. Wenn wir jetzt in diesem Herbst die Löhne der Arbeiter erhöhten, die Preise senkten und die Lebensmittelrationen vergrößerten, dann verdanken wir das den Aktivisten in Industrie und Landwirtschaft, den Arbeitern, den Angestellten und der technischen Intelligenz, die unserem Volke mehr gaben, damit unser Volk besser leben konnte. Den Aktivisten der Arbeit in Stadt und Land gilt der Dank des ganzen Volkes.

Unser Weg, aus eigener Kraft das Volk auf ein höheres Lebensniveau zu heben, gefällt gewissen Kreisen in unserer Republik und gefällt den Feinden jenseits der Elbe, den Kriegshetzern und Verderbern des Volkes, nicht. Sie gehen mit der Lüge um, daß unsere Gesetze nur geschaffen wurden, um die Bauern und die arbeitenden Menschen zu betrügen, damit am 15. Oktober ein gutes Wahlresultat herauskommt.

Ich wiederhole demgegenüber mit aller Eindeutigkeit, was der erste Nationalkongreß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland bezüglich der Landwirtschaft zum Programm erhob:

„Die Deutsche Demokratische Republik gibt euch Bauern alle Möglichkeiten der gesunden Entwicklung. Die Steigerung eurer Ernterträge und die Senkung der Industriepreise sichern euern Wohlstand. Ihr werdet nie mehr unter die Schläge einer Agrar- und Absatzkrise